

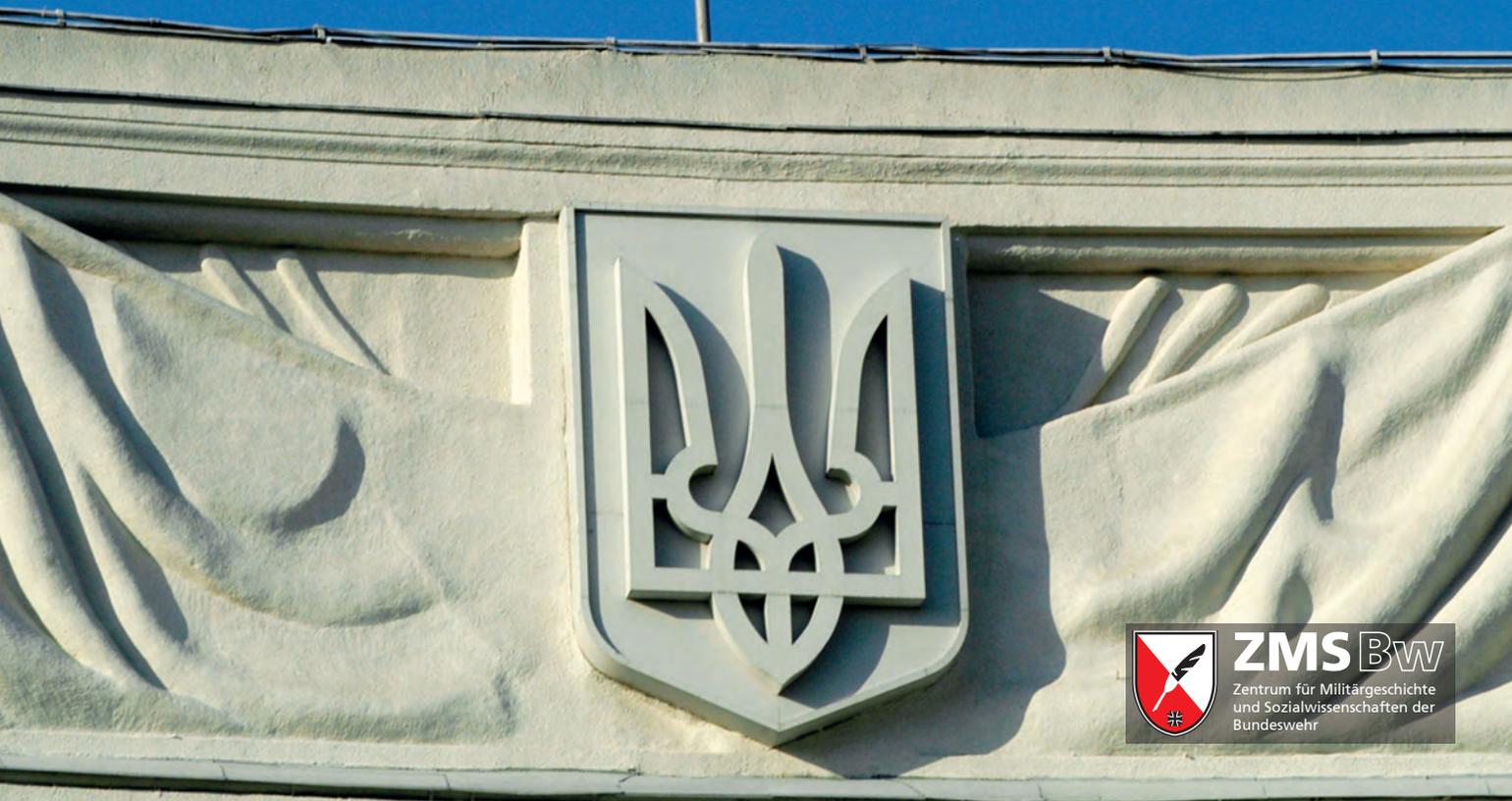
Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Sonderausgabe, Oktober 2022

Krieg in der Ukraine

Geschichtliche Hintergründe



ZMS BW
Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

MILITÄR HISTORISCHES MUSEUM

Dresden



© picture alliance / AP Photo / Anja Niedringhaus

DIE BUNDESWEHR IN DER ÄRA MERKEL KRIEG UND FRIEDEN 2005–2021

ab 30. September 2022



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Krieg in der Ukraine zeigt uns, wie wichtig historische Bildung ist. Plötzlich tauchen wieder Begriffe aus der Zeit des Kalten Krieges auf, von denen wir glaubten, sie spielten im Europa des 21. Jahrhunderts keine Rolle mehr. Dazu gehören die Strategie der Abschreckung, die auch Nuklearwaffen einschließt, oder das Konzept der Zivilverteidigung, um die Bevölkerung vor den verheerenden Wirkungen eines Krieges zu schützen. Der Blick in die Vergangenheit erleichtert uns das Verständnis dafür, wie NATO und EU auf die aggressive Außenpolitik der Russischen Föderation reagieren. Konzepte aus der Zeit des Kalten Krieges geben uns wichtige Hinweise, worauf wir bei der gegenwärtigen Schwerpunktverlagerung auf die Landes- und Bündnisverteidigung achten müssen. Historische Bildung hilft uns also beim klugen Denken und Handeln in sicherheitspolitischen und militärischen Entscheidungs- und Planungsprozessen.

In der Berichterstattung über den russischen Angriffskrieg überwiegen die Kampfhandlungen und die Zerstörungen von Infrastruktur mit dem daraus resultierenden Leid der Zivilbevölkerung. Dieser Krieg wird allerdings nicht nur durch die Anwendung militärischer Gewalt ausgetragen. Auch wir Deutschen erleben eine »mentale Kriegführung« Russlands, deren Raffinesse selbst die heißesten Phasen des auch mit psychologischen Waffen geführten Kalten Krieges übertrifft. Die verführerische Kraft der russischen Propaganda und Desinformation liegt darin, dass sie scheinbar ein Körnchen Wahrheit enthält. Wichtig ist daher, einen wissenschaftlichen Blick auf die Geschichte zu werfen. Auf diese Weise erkennen wir das Streben der Ukraine nach Selbstbestimmung gegenüber dem russischen Imperialismus. Und wir wissen auch um die Verantwortung unseres Landes aufgrund des Eroberungs- und Vernichtungskrieges der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Unser Online-Dossier und das erste Sonderheft zu den völkerrechtlichen und sicherheitspolitischen Aspekten des Krieges in der Ukraine finden viel Interesse. Mit diesem zweiten Sonderheft möchten wir Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, die (militär-)geschichtliche Einordnung des Krieges in der Ukraine erleichtern. Mit Karten und Bildern, die auch in der Mediathek unseres Internetauftritts auf www.zms.bundeswehr.de verfügbar sind, bieten wir hilfreiche Materialien zur historischen Bildung. Nutzen Sie dafür bitte auch unsere Podcasts oder die Audio-Dateien mit einschlägigen Buchbesprechungen.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.

Dr. Uwe Hartmann
Oberst und Herausgeber



Militär­geschichte | Zeitschrift für historische Bildung



Ulrich Baumgarten/Süddeutsche Zeitung Photo

Start einer Pershing II: Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik sollte einen Angriff des Warschauer Pakts abschrecken.



Bundeswehr/Marco Dorow

Landes- und Bündnisverteidigung? Ein Blick zurück.



SZ Photo/Süddeutsche Zeitung

Geopolitik: Der andauernde Konflikt um die Krim.



Haus/Süddeutsche Zeitung Photo

»Duck and Cover« oder: Was ist zivile Verteidigung?



Sammlung Berliner Verlag/Archiv/Süddeutsche Zeitung Photo

Politik der verbrannten Erde an der Ostfront: Die Ukraine im Eroberungs- und Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands.

Unabhängigkeit:
Seit dem 19. Jahrhundert
kämpft die Ukraine
für ihre Selbstbestimmung
gegen Russland. Das Foto
entstand am 9. März 2022.



Inhalt

GESCHICHTE DER UKRAINE

- 6** **Das Streben nach Selbstbestimmung**
Die Ukraine im 20. Jahrhundert
- 14** **Konfliktraum Krim**
Über russischen Imperialismus und ukrainische Souveränität
- 18** **Verheerter Kampfraum**
Raum, Operationen und Besatzungsherrschaft in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg

MILITÄRGESCHICHTE

- 24** **Gemeinsam abwehrbereit**
Die Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung

- 32** **Gleichgewicht des Schreckens**
Das Konzept der Abschreckung

ZIVILVERTEIDIGUNG

- 40** **Schutzlos ausgeliefert?**
Die zivile Verteidigung der Bundesrepublik

SERVICE

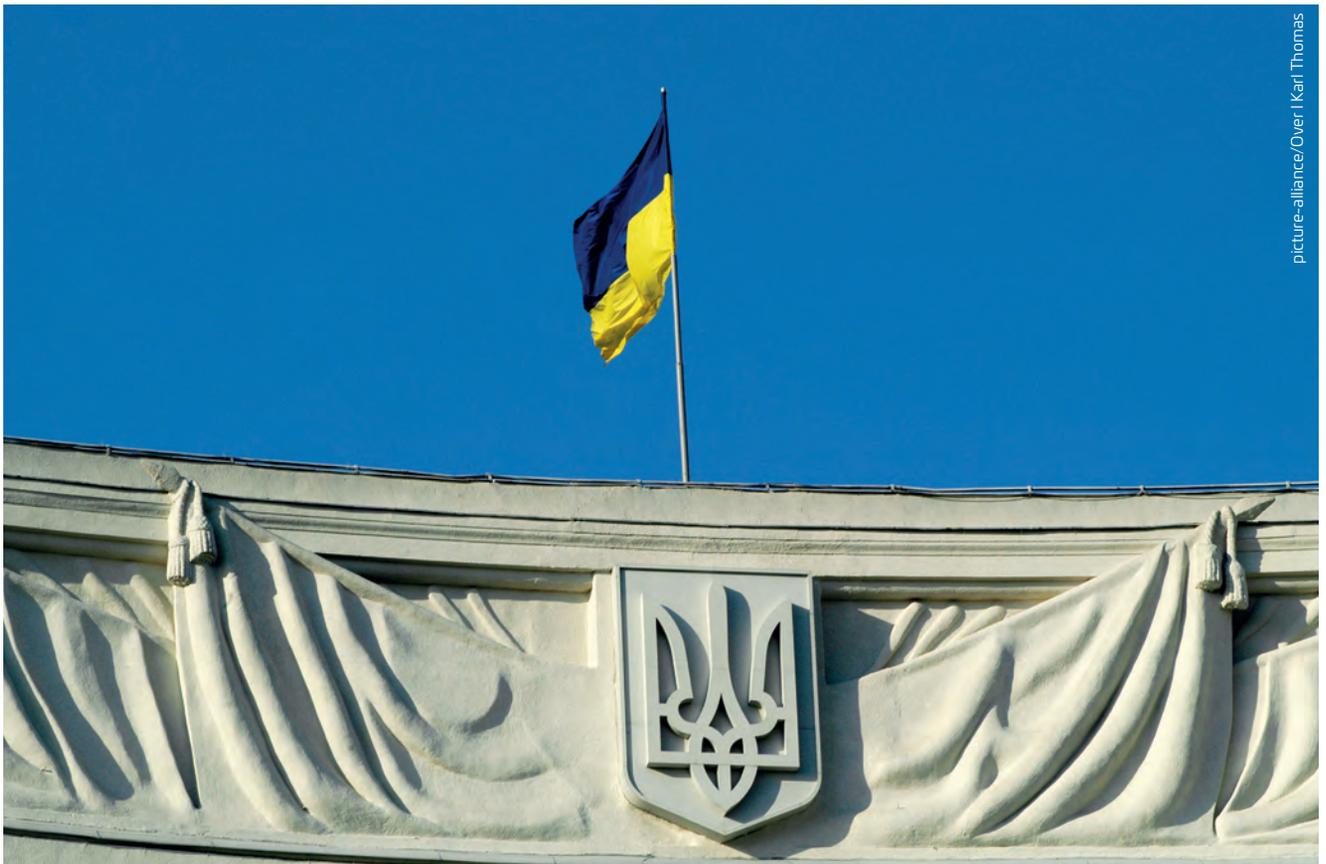
- 46** **Der besondere Tipp**
Impressum

Das Streben nach Selbstbestimmung

Die Ukraine im 20. Jahrhundert

Seit Jahren stellt der russländische Präsident Wladimir Putin die Unabhängigkeit der Ukraine in Frage. Seit dem 19. Jahrhundert entwickelte sich ein ukrainisches Nationalbewusstsein, das Streben nach Selbstbestimmung, für das die Ukrainer seitdem kämpften. 1918 erfolgte die erste und 1991 die international anerkannte Unabhängigkeitserklärung der Ukraine.

Von Rudolf A. Mark



picture-alliance/Over | Karl Thomas

Symbol der Selbstbestimmung: die ukrainische Flagge und das Unabhängigkeitswappen, März 2003.

Die Geschichte der Ukrainer, Russen und Weißrussen (Belorussen) beginnt im ostslawischen Reich der Kiewer Rus (10.–13. Jahrhundert). Der Begriff »Ukraina« kam seit dem 12. Jahrhundert immer häufiger für die Gebiete zwischen der Steppe nördlich des Schwarzen Meeres und dem Siedlungsland in Gebrauch. Es war die Lebenswelt von Nomaden und bald der Kosaken. Deren autonome Herrschaftsverbände spielten in der Geschichte der zwischen Polen, Litauen und der Moskauer Rus sich herausbildenden ukrainischen Staatlichkeit eine tragende Rolle.

Nach der Ersten Teilung Polens 1772 kamen der Südwesten und Westen der Ukraine unter Habsburger Herrschaft, während nach der Zweiten Teilung Polens 1793 der größte Teil der Ukraine unter dem russischen Zarenzepter stand.

Die Ukrainer wurden als *Kleinrussen*, *Russen* oder auch als *Rusinen* bezeichnet. Sie lebten überwiegend auf dem Land, wo sich ihnen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts Aufstiegsmöglichkeiten boten und sie ein ukrainisches Nationalbewusstsein entwickelten. Es konnte im Russländischen Reich zwar unterdrückt, aber nicht ausgelöscht werden. Zudem hofften die Ukrainer Russlands wie jene der österreichischen Kronländer Galizien und Bukowina auf nationale Autonomie, die sie nach Ende



Der Frieden von Brest-Litowsk: Die ukrainische Delegation unterzeichnet das Friedensprotokoll am 9. Februar 1918.

des Ersten Weltkrieges vehement zu fordern begannen.

Revolution und Neubeginn

Die Februarrevolution und die Abdankung des Zaren 1917 mobilisierten in den ukrainischen Gouvernements Russlands politische und gesellschaftliche Kräfte jeglicher Couleur. Sie ver-

sammelten sich Anfang März in Kyjiw/Kiew zu einer Ukrainischen Zentralna Rada (ukrainisch: Zentralrat), einem revolutionären Vorparlament, mit dem ein neues Kapitel der ukrainischen Geschichte eröffnet wurde.

Während die Provisorische Regierung Russlands und der Sowjet (russisch: Rat) der Arbeiter- und Bauerndelegierten in Petrograd (heute: Sankt Petersburg) an



Rückeroberung von Kyjiw durch die Rote Armee, Juni 1920.

der Einheit Russlands festhalten und den Krieg gegen die Mittelmächte weiterführen wollten, setzten die Ukrainer auf nationale Autonomie. Führende Kräfte waren ukrainische Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die sich mit prominenten Persönlichkeiten wie dem Historiker Mychajlo Hruschewskij und dem Schriftsteller Wolodymyr Wynnytschenko an der Spitze gegen die Sowjets durchsetzen konnten.

Legitimation erhielt ihre Politik zudem von einem im April 1917 zusammentretenden Nationalkongress und den Mitgliedern zahlreicher Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Am 10. Juni 1917 erklärte die Zentralna Rada die Autonomie der Ukraine und nach der bolschewistischen Oktoberrevolution am 7. November 1917 die Ukrainische Volksrepublik (UNR) als Teil einer föderativen, russländischen Republik. Dem folgte am 12. Januar 1918 die Proklamation der Unabhängigkeit der Ukraine, nachdem die Bolschewiki (Mehrheitsgruppe der Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1918: RKP/b, später: KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion) am 12. Dezember 1917 in Charkiw/Charkow eine Sowjetregierung eingesetzt hatten und nun gegen Kyjiw vorstießen.

Aus der Not geboren, schloss die UNR am 9. Februar 1918 mit den Mittelmächten des Ersten Weltkrieges den Vertrag von Brest-Litowsk über Lebensmittellieferungen im Gegenzug für Militärhilfe. In dessen Folge zwangen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen die Bolschewiki zum Rückzug aus der Ukraine und setzten die Rada wieder ein.

Kampf um den neuen Staat

Nach Konflikten der Besatzungsmächte mit der UNR ließ das Deutsche Kaiserreich die Rada durch den General und Grundbesitzer Pawlo Skoropadskij als Hetman (Oberster Führer des Kosakenheeres) der Ukraine ersetzen. Er sollte für Ruhe, Ordnung und die vereinbarten Getreidelieferungen sorgen, stieß aber nicht nur bei den ukrainischen Revolutionären auf Widerstand. Der Zusammenbruch der Mittelmächte und die

Hinwendung des Hetmans zum westlichen Bündnis der Entente und großrussischen Kreisen führten im November 1918 zur Bildung eines revolutionären Direktoriums zur Wiederherstellung der UNR.

An dessen Spitze standen die Sozialdemokraten Wynnytschenko und Symon Petljura. Letzterer, ein tatkräftiger nationaler Revolutionär, genoss unter den Soldaten ein hohes Ansehen und kommandierte bald als Holownyj Otaman (ukrainisch: Hauptataman) die Streitkräfte der sich neu formierenden UNR. Sie erzwangen Mitte Dezember den Sturz Skoropadskijs und bemächtigten sich des größten Teils der Ukraine. Ihr schlossen sich am 21. Januar 1919 die galizischen Ukrainer an, die nach dem Ende der Habsburger Doppelmonarchie am 13. November 1918 in Lemberg (Lwiw/Lwow) eine Westukrainische Volksrepublik (ZUNR) ausgerufen hatten. Dies stieß auf den massiven Widerstand der ansässigen Polen, die das ehemalige Kronland ihrer polnischen Republik eingliedern wollten.

Der neu geschaffene Staat sah sich mit zahlreichen Problemen und Hindernissen konfrontiert. Dabei spielten ideologische und politische Gegensätze eine Rolle, die nicht nur linke und rechte Politiker trennten, sondern auch die unterschiedlichen Herkunftskulturen widerspiegelten. Gefährlicher war aber, dass sich die UNR im Bürgerkrieg neben bolschewistischen Eroberungsversuchen auch deren »weißgardistischen« Gegnern sowie anarchistischen und marodierenden Gruppen zu erwehren hatte. Dazu mussten rumänische und polnische Versuche, das Territorium ihrer Staaten auf Kosten der UNR zu erweitern, unterbunden werden. Auf der Friedenskonferenz von Paris wurde 1919 mit



Pawlo Skoropadskij nimmt als vom Deutschen Kaiserreich gestützter Hetman eine Parade ab, 1918.

Rücksicht auf Russland kein ukrainischer Staat akzeptiert, sodass sich die Ukrainer von allen Seiten bedrängt und bedroht sahen. In ständigen Kämpfen engagiert, konnte die seit Frühjahr 1919 unter der Führung Petljuras stehende UNR ihre sozialökonomischen Ziele, vor allem eine Klärung der Landfrage, nicht umsetzen und daher auch nicht die landlose bäuerliche Bevölkerung gewinnen. Antisemitische Pogrome, Chaos, Zerstörungen, wechselndes Kriegsglück und fehlende Unterstützung von außen ließen Petljura schließlich Hilfe in Warschau suchen. Gegen die Abtretung Galiziens und Teilen Wolhyniens konnte die UNR im April 1920 ein Bündnis mit Polen unter Józef Piłsudski abschließen und in einer gemeinsamen Offensive



Piłsudski, Petlura Polish and Ukrainian Officers 1920.jpg – Wikipedia

Mit Unterstützung des polnischen Staatschefs Józef Piłsudski versuchte der von den Mittelmächten anerkannte Präsident Symon Petljura, die Ukrainische Volksrepublik wiederherzustellen. Hier sind Piłsudski und Petljura gemeinsam mit ukrainischen Offizieren zu sehen, 5. September 1920 (Adam Szelagowski, »Wiek XX«, Warszawa 1937).

gegen die Bolschewiki ihre Hauptstadt Kyjiw für kurze Zeit zurückeroberten.

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

Der sich abzeichnende Sieg der Roten Armee im Bürgerkrieg sowie die Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz führten im März 1921 zum Frieden von Riga. Er legte die Grenzen zwischen der 1919 gegründeten Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) und Polen fest. Inzwischen waren die übrigen Teile der Westukraine zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei aufgeteilt worden, während Ostgalizien 1923 unter Auflagen des Minderheitenschutzes Polen zugeschlagen wurde. Vor allem unter den Nachfolgern Piłsudskis wurden dessen Bestimmungen aber immer weniger beachtet, sodass sich die Beziehungen zwischen Ukrainern und der polnischen Verwaltung massiv verschlechterten. Ein Grundproblem war dabei die Nichtanerkennung der Ukrainer als eigenständige Nation durch die Polen. Römisch-katholische Ukrainer wurden als Polen betrachtet, während die Griechisch-Katholische (unierte)

Kirche unter ihrem Metropolitan Andrij Scheptyckij die einzig wichtige ukrainische Institution darstellte. Da die Ukrainer unter Habsburger Herrschaft politische Erfahrungen im österreichischen Verfassungsstaat gemacht und ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein entwickelt hatten, gab es auch unter polnischer Herrschaft ein ukrainisches Parteiensystem, das aber in der praktischen Politik keine große Rolle spielte. Gleichzeitig reagierten die radikalen nationalistischen Kräfte mit aktivem Widerstand. Ehemalige Soldaten der UNR hatten schon 1920 eine Ukrainische Militärische Organisation (UVO) gegründet, aus der bis 1929 die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) hervorging. Ihre Terroraktionen wurden mit harten staatlichen Strafmaßnahmen geahndet, die zwar Gefängnisse und Straflager füllten, den Terror aber nicht beseitigen konnten. Die polnische Politik gegenüber der zahlreichen jüdischen Bevölkerung in den galizischen und wolhynischen Territorien blieb insgesamt ambivalent. Sie schwankte zwischen staatlicher Kooperation mit religiösen jüdischen Einrichtungen und einem Antisemitismus, der Juden im-

mer wieder massiven Diskriminierungen aussetzte. Ausgesprochen repressiv war auch die Minderheitenpolitik der rumänischen Regierung – während die sich als *Rusynen* bezeichnenden Karpaten-Ukrainer in der Tschechoslowakei Autonomierechte genossen.

Die Ukrainer in der Sowjetunion bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Kriege und der Bürgerkrieg ruinierten die Infrastruktur und die Wirtschaft der Ukraine über alle Maße und brachten unsägliches Leid über die Bevölkerung. Gleichzeitig hatte der lange Unabhängigkeitskampf der UNR unter Petljura Spuren hinterlassen und die Bolschewiki mit der Dringlichkeit der Klärung der nationalen Frage konfrontiert. Daher war sich die Führung der Kommunistischen Partei unter Lenin und Stalin einig, den bolschewistischen Vielvölkerstaat als eine Union nationaler Republiken zu organisieren und die nationalen Sprachen und Kulturen zu fördern. Durch eine systematische Ukrainisierung sollte die Bevölkerung in dem 1922 als Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründete-

ten neuen Staat eingewurzelt und das Russische zurückgedrängt werden. Dies geschah mit großem Erfolg, sodass Ende der 1920er Jahre Ukrainer und die ukrainische Sprache Partei und staatliche Einrichtungen bestimmten.

Dem folgte allerdings eine Zeit der Katastrophe, als Stalin 1929 eine radikale politische Neuorientierung initiierte. Durch eine brachial vorangetriebene Industrialisierung, umgreifende gesellschaftliche Disziplinierung und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft sollte aus der Sowjetunion ein moderner Industriestaat werden. Mit Säuberungen des Partei- und Staatsapparates sowie aller Wirtschaftssektoren, dem Millionen von Menschen zum Opfer fielen, wurden grundstürzende Veränderungen durchgesetzt. Das nötige Kapital und die Versorgung der Industriearbeiterschaft hatte vor allem die Landwirtschaft aufzubringen, die in der Ukraine mit besonderer Brutalität zwangskollektiviert wurde. Da historisch bedingt die ukrainischen Landwirte im Unterschied zu den russischen Bauern stärker an Grund und Boden als Eigentum gebunden waren, widersetzten sie sich besonders massiv den Kollektivierungskampagnen. Sie wurden daher zwangsenteignet und zu Hunderttausenden in den Norden und Osten der Sowjetunion deportiert. Protestaktionen der Bauern, staatliche Getreide- und Lebensmittelenteignungen, aber auch Sabotage und Arbeitsverweigerung in den Kolchosen und Sowchosen führten in der Ukraine zwischen 1931 und 1933 zu sechs Millionen Hungertoten. Diese als »Holodomor« bezeichnete und von vielen Beobachtern – wie auch vom ukrainischen Parlament – als Genozid bewertete Hungersnot belastet bis heute die Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern. Sie ist Gegenstand geschichtswissenschaftlicher und geschichtspolitischer Auseinandersetzungen. Allerdings bleibt ungeklärt, ob der Hungertod von Stalin bewusst hingenommen wurde, weil er die als Nationalisten verdächtigten Ukrainer (»Petjuristen«) dezimieren

oder deren Widerstand besonders hart bestrafen wollte. Außerdem wurden nun auch die Erfolge der Ukrainisierung teilweise rückgängig gemacht. Institutionen und Einrichtungen wurden Schritt für Schritt russifiziert, das Russische wurde Pflichtfach im Kultur- und Bildungswesen. Zudem wurden die ukrainischen Eliten aller gesellschaftlichen und staatlichen Sphären verhaftet, verschickt oder umgebracht – einschließlich der gesamten Führungsschicht in Partei und Regierung. Auch Russen, Juden und Angehörige anderer Minderheiten fielen damals dem Stalin'schen Terror zum Opfer. Gleichzeitig kamen 1938 mit dem neuen 1. Sekretär der Ukrainischen Kommunistischen Partei, Nikita S. Chruschtschow, vermehrt Russen nach Kyjiw. Die Terrorphase hielt bis in den Zweiten Weltkrieg hinein an, wobei nach der Eingliederung der Westukraine infolge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 weitere Mordtaten und Deportationen folgten. 1944 wurde

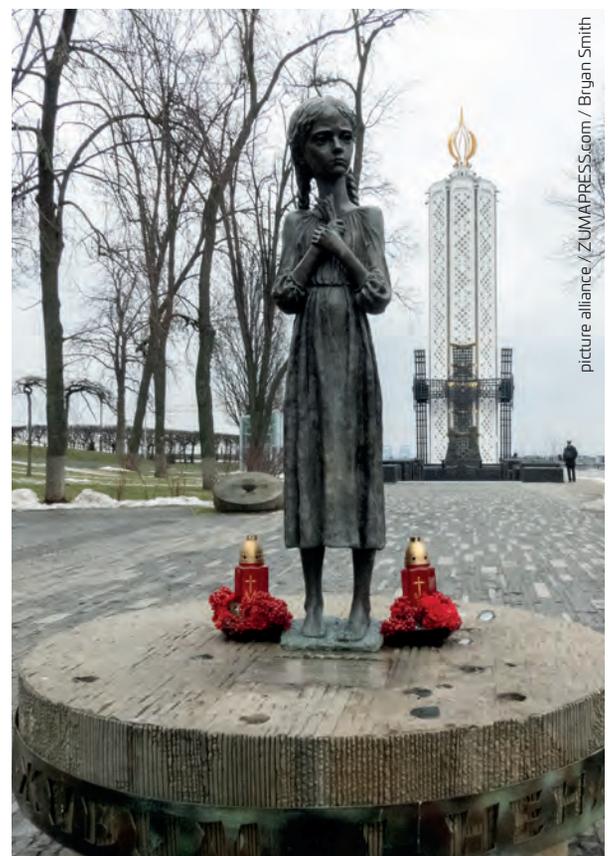
zudem nach Abzug der Wehrmacht die gesamte krimtatarische Bevölkerung nach Zentralasien deportiert.

Nachkriegszeit

Im Zweiten Weltkrieg waren nicht nur zahlreiche Städte und die Infrastruktur des Landes zerstört worden. Die Ukraine hatte auch Bevölkerungsverluste von fünf bis sieben Millionen Einwohnern zu beklagen. (siehe Beitrag »Verheerter Kampfraum«)

Dessen ungeachtet ließ Stalin nach Kriegsende Hunderttausende Ukrainer der OUN und der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) wegen Kollaboration, Landesverrat und Partisanenaktionen bestrafen und depotieren. Dies hielt bis in die 1950er Jahre an. Gleichzeitig wurde die Griechisch-katholische Kirche verboten und dem orthodoxen Patriarchat Moskau eingegliedert. Da der Krieg und seine Grenzveränderungen nun fast alle von Ukrainern bewohnten Gebiete unter die Herrschaft Stalins ge-

Mahnmal: Die »Holodomor«-Gedenkstätte bei Kyjiw erinnert an die Hungertoten in den 1930er Jahren.



picture alliance / ZUMAPRESS.com / Brian Smith

bracht hatte, musste die westliche Ukraine in das sowjetische System integriert werden. Dies geschah durch umfassende Deportationen und Völkerverschiebungen. Rund eine Million Polen wurden überwiegend in die ehemaligen deutschen Ostprovinzen und 500 000 Ukrainer aus Polen in die Ukraine umgesiedelt. Auch Bevölkerungstransfers mit der Tschechoslowakei und Rumänien veränderten die einstige ethnische Vielfalt dieser ostmitteleuropäischen Region. Gleichzeitig wurde der Wiederaufbau von Partei und Staat in Angriff genommen, stets begleitet von weitreichenden Säuberungen der Parteistrukturen. Sie erfassten zudem Wissenschaftler und Kulturschaffende, denen Nationalismus oder wie im Falle jüdischer Intellektueller Kosmopolitismus zum Vorwurf gemacht wurden.

Der Wiederaufbau und die Erneuerung der Wirtschaft der Ukraine erfolgten bis 1955 rasch und erfolgreich in den großen Industrievieren des Donbas/Donbass und am unteren Dnipro/Dnjestr. Weniger produktiv entwickelte

sich selbst in den besonders fruchtbaren Schwarzerdegebieten die kollektivierte Landwirtschaft. Zugleich kam es infolge landschaftlich bedingter Dürren und der Getreideexporte in die Satellitenstaaten Ostmitteleuropas zu Hungersnöten.

Entspannungsphase

Eine Tauwetterphase trat 1953 nach Stalins Tod unter dessen Nachfolger Nikita Chruschtschow ein. Nun konnten Ukrainer an die Spitze von Partei- und Regierungsorganen der USSR treten, wodurch sich auch der Anteil der Ukrainer in der Partei zu erhöhen begann. Unter Chruschtschow wurde nach seiner Entstalinisierungsrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 eine große Zahl politischer Gefangener in die Freiheit entlassen und allmählich der ukrainische Einfluss auf die Entscheidungen Moskaus erhöht. Allerdings blieben die Ukrainer weiterhin die »jüngeren Brüder« der Russen, wie etwa die 1954 aufwendig begangenen Feiern zum 300-jährigen Jubiläum der

Vereinigung der linksufrigen Ukraine 1654 mit dem Zartum Moskau erkennen ließen. Gleichzeitig wurde die Krim aus dem Verband der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik herausgelöst und der Sowjetukraine angegliedert, nicht – wie es hieß – aus »brüderlicher Liebe des russischen Volkes« zu den Ukrainern, sondern weil die föderale Struktur der Russländischen SFSR eine Anpassung erforderte. Damals verlor Karelien seinen Status als Sowjetrepublik und wurde zur Autonomen SSR zurückgestuft dem Staatsverbund der RSFSR eingegliedert. Inoffizielle Erklärungen weisen auch auf bessere Entwicklungschancen hin, welche die Zugehörigkeit der Halbinsel zur direkt benachbarten Ukr.SSR ermöglichen sollte.

In der Breschnew-Zeit (1964–1982) erlebten die Ukraine und ihre Bevölkerung wechselweise Phasen von politischer Unterdrückung und autonomer Freiheit. Unter dem Parteichef Petro Schelest (1963–1972) erfreuten sich ukrainische Sprache und Kultur einer im-



Reaktorunglück: Soldaten messen nach der Katastrophe von Tschornobyl die radioaktive Strahlung, April 1986.



picture-alliance/dpa/Code_Novo

mer wieder erkennbaren Förderung, während er selbst die Erweiterung seines Einflusses in Moskau im Blick hatte. Seine gegenüber dem sowjetischen Zentrum nicht immer eindeutige Haltung stieß in der Parteiführung auf zunehmende Kritik und beförderte 1972 den Breschnew-Vertrauten Wolodymyr Schtscherbytzkyj auf den Stuhl des ukrainischen Parteivorsitzes. Mit seinem Machtantritt begann eine neue politische Eiszeit. Schriftsteller, Wissenschaftler und Intellektuelle wurden wegen ihrer angeblich ukrainisch-nationalistischen Haltung kritisiert, verfolgt und in Haft genommen, ohne dass die Partei der Dissidenten tatsächlich Herr werden konnte. Dazu trug auch die Schlussakte von Helsinki 1975 bei, die der Oppositionsbewegung mit Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte sowie Gewährung von Meinungs- und Informationsfreiheit neuen Auftrieb und allgemeinen Rückhalt in der internationalen Öffentlichkeit verlieh.

Perestrojka

Dessen ungeachtet änderte sich an der allgemeinen Lage der Ukraine in der sogenannten Zeit der Stagnation auch nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU 1985 zunächst nichts. Dessen Politik der

Perestrojka (ukrainisch: Perebudowa) begann erst nach dem Reaktorunfall von Tschornobyl/Tschernobyl im April 1986 Wirksamkeit zu entfalten. Die nur zögerlich anlaufende Katastrophenhilfe Moskaus mobilisierte Schriftsteller, Wissenschaftler und Politiker, denen sich rasch Umweltschützer anschlossen. Sie organisierten mit Unterstützung der Partei Die Grünen aus der Bundesrepublik Deutschland seit Ende 1987 die informelle Vereinigung Selenyj swit (Grüne Welt), und 1989 fand in Kyjiw die Gründung der »Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka« statt. Fast gleichzeitig wurde Schtscherbytzkyj von Moskau abgesetzt. Soziale Not und Streiks in den großen Industrievierteln, der Niedergang der KPdSU, die unionsweite Debatte um eine neue Verfassung und erste Separationen von Sowjetrepubliken stärkten die nationale Bewegung der Ukraine. Schließlich erklärte der Oberste Sowjet in Kyjiw am 16. Juli 1990 die Souveränität sowie nach dem gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow am 24. August 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine. Sie wurde in einer Volksbefragung im Dezember von 90 Prozent der Bevölkerung (über 50 Prozent auf der Krim) bestätigt. Die unabhängige Ukraine übernahm Embleme, Wappen und Farben der von Petljura geführten UNR.

Die Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit der Ukraine konfrontierte das Land mit grundlegenden Problemen. Vor allem war die Partnerschaft mit Russland schwierig, das die Trennung der Ukraine nie wirklich akzeptieren wollte. Zudem gewannen ähnlich wie in Russland skrupellose Unternehmer, die sogenannten Oligarchen, Einfluss auf die Wirtschaft und die Politik des Landes. Als ein Dauerproblem erwies sich die Krim, deren überwiegend russische Bevölkerung auf Unabhängigkeit sann, sich aber mit einem Autonomiestatus abfinden musste. Weitere Konflikte bedingten die Rückkehr der Krimtataren aus ihren Verbannungsorten sowie militärische Aspekte. 1994 verzichtete die Ukraine auf ihre Nuklearwaffen, wofür ihr Ende 1994 im Budapester Memorandum Sicherheitsgarantien durch die USA, Russland und Großbritannien verbrieft wurden. Erst kurz vor der Jahrtausendwende wurde durch eine Teilung der Streitkräfte und einen bis 2047 verlängerten Pachtvertrag des russischen Stützpunktes Sewastopol eine vorläufige Einigung zwischen Moskau und Kyjiw erreicht.

Spannungen mit Russland ergaben sich auch aus der Energieabhängigkeit der Ukraine von Russland sowie in weiteren politisch und wirtschaftlich



Pro-EU-Demonstration: Tausende gehen im Dezember 2013 in Kyjiw gegen die Politik von Präsident Janukowytsch auf die Straße. Der heutige Bürgermeister Kyjiws Vitali Klitschko spricht zu den Demonstranten.

relevanten Bereichen. Daran konnten Handelsabkommen sowie ein 1997 unterzeichneter Freundschafts- und Kooperationsvertrag nichts ändern. Gleichzeitig begann sich die Ukraine dem Westen und seit 1997 auch der NATO anzunähern. 1999 wurde der Beitritt zur EU zum Staatsziel erklärt. Dies stieß bei Putin auf Ablehnung, der Russlands Einfluss im Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS: Verbindung von elf souveränen Staaten, die Teil der UdSSR waren) wiederherstellen wollte. Moskau mischte sich daher in die 2004 stattfindenden Präsidentschaftswahlen der Ukraine ein, wie es aber auch die EU und die USA als Gegenpart zu Russland praktizierten. Ein Ergebnis war die sogenannte Orangene Revolution, eine politische Spaltung der Ukraine und das Ende der einvernehmlichen Partnerschaft Russlands mit der Ukraine und

dem Westen. Erst 2010, nach der Wahl von Wiktor Janukowytsch, des Verlierers der Orangen Revolution, zum Präsidenten, verbesserten sich die Beziehungen mit Moskau wieder. Aber Janukowytschs zwiespältige Politik zwischen Russland und der EU sowie Versuche, Opposition und Proteste auf dem Majdan in Kyjiw auszuschalten, veranlassten das ukrainische Parlament, ihn am 27. Februar 2014 durch eine Übergangsregierung zu ersetzen. Deren EU-Kurs und das geplante Assoziierungsabkommen mit Brüssel empfand Moskau als eine gegen Russland gerichtete Verschwörung des Westens und ließ kurz nach der Flucht von Janukowytsch die Krim besetzen. Sie wurde auf Beschluss des russländischen Parlaments am 20. März 2014 in die Russländische Föderation aufgenommen. Gleichzeitig begann mit Moskaus Unterstützung die

Besetzung des Donbas durch bewaffnete Milizen.

Rudolf A. Mark ist emeritierter Professor der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Osteuropäische Geschichte, die Geschichte Zentralasiens und der Internationalen Beziehungen.

Literaturtipps

Kerstin S. Jobst, Geschichte der Ukraine, Stuttgart 2015.

Dies., Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris, Berlin/Boston 2020.

Andreas Kappeler, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2017.

Konfliktraum Krim

Über russischen Imperialismus und ukrainische Souveränität

Spätestens mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 rückte die Halbinsel wieder in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Gewaltsame Konflikte um diesen geopolitisch bedeutsamen und geschichtspolitisch stark aufgeladenen Raum gibt es jedoch schon seit vielen Jahrhunderten.

Von Christoph Nübel



Hafenfestung und Flottenstützpunkt: Die Geschichte der geopolitisch bedeutsamen Halbinsel Krim ist untrennbar mit der Hafenstadt Sewastopol verbunden, Holzstich, August 1854.



Katharina II., seit 1762 russische Kaiserin, eroberte 1783 die Halbinsel Krim von den Osmanen und ließ sie als Teil »Neurusslands« in das Zarenreich eingliedern. Im selben Jahr erfolgte die Gründung der strategisch bedeutsamen Hafenstadt Sewastopol, die sich rasch zum wichtigsten russischen Flottenstützpunkt im Schwarzen Meer entwickelte.

Der Krimkrieg 1853–1856

Der Krimkrieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts entzündete sich an einem explosiven Gemisch aus religiösen Verwicklungen zwischen Christen und Muslimen in Jerusalem, diplomatischen Fehlritten und russischem imperialen Expansionsstreben.

Die europäischen Großmächte betrachteten das ausgedehnte Osmanische Reich als »kranken Mann am Bosphorus« und hofften, ihren Einfluss auf dessen Kosten ausdehnen zu können. Großbritannien und Frankreich waren jedoch nicht bereit, dem am 2. Juli 1853 beginnenden Vormarsch der Zarenarmee auf dem Balkan tatenlos zuzusehen

und eine Niederlage des Osmanischen Reiches hinzunehmen, ohne dass eigene Interessen berücksichtigt würden. Da Preußen und Österreich zunächst neutral blieben und damit der Landweg nach Russland weitgehend gesperrt war, entschieden Großbritannien, Frankreich und das Osmanische Reich, ihre Truppen per Schiff auf die Krim zu bringen.

Das war eine logistische Herausforderung, an der die Verantwortlichen beinahe scheiterten. Vielfach wurden Truppen und Ausrüstung voneinander getrennt.

Im September 1854 landeten die Verbündeten nahe der Festung Sewastopol an. Das schlecht vorbereitete Unternehmen gelang nur, weil die Armee des Zarenreiches über ganz Russland verstreut war und damit auf der Krim zu wenige Verteidigungskräfte bereitstanden. Die enormen Distanzen führten dazu, dass es Wochen und Monate dauerte, die russischen Truppen zu versammeln. Bahnstrecken standen zu dieser Zeit noch kaum zur Verfügung. Während der Landung waren die Zelte der Briten zunächst an Bord der Schiffe geblieben,

sodass die Soldaten dem einsetzenden Herbstregen schutzlos ausgesetzt waren.

Logistik als Problem

Wegen unzureichender Versorgung wurde nicht abgekochtes Wasser getrunken – ein Choleraausbruch war die Folge. Hier zeigte sich erneut, dass ein Heer gegen die Umwelt geschützt werden muss, soll es kampfkraftig bleiben. Die Vorbereitungen waren aber ungenügend, auch reichten die Ressourcen der Krim an Feuerholz und Nahrungsmitteln nicht aus, um die mehrere zehntausend Mann starke Invasionsarmee zu versorgen. Der Krimkrieg wurde daher auch zu einem Logistikkrieg. Selbst die Truppenführer konnten sich trotz ihrer Privilegien nicht vor tödlichen Krankheiten schützen. Der französische Oberbefehlshaber Achille Leroy de Saint-Arnaud starb 1854 an der Cholera, der britische Oberbefehlshaber Lord Fitzroy Somerset Raglan 1855 an der Ruhr. Die miserable Versorgung der Soldaten rief öffentliche Empörung hervor, was mittelfristig sogar zu einer Verbesserung des Sanitätswesens führte. Gleichwohl

waren Schätzungen zufolge zwei Drittel der Verluste auf Krankheiten zurückzuführen.

Seit Oktober 1854 belagerten die Verbündeten die Festung Sewastopol. Das von Höhenzügen und Tälern zerfurchte Gelände in der Umgebung war für die Verteidigung gut geeignet und wurde von den Russen durch Gräben und Befestigungswerke weiter ausgebaut. Auch die Invasoren schanzten; vor allem bauten sie ihre Artilleriestellungen aus, um die Belagerten zu zermürben. Die blutigen Schlachten von Balaklawa und Inkerman brachten 1854 keine Entscheidung. Inzwischen hatte sich das Kampfgebiet um Sewastopol in ein ausgedehntes Stellungssystem verwandelt, in dem Vorposten- und Artilleriegefechte stattfanden. Es entwickelte sich ein regelrechter Materialkrieg, in dessen Verlauf die Befestigungen der Stadt weitgehend zerstört wurden. Nach einer Reihe von Angriffen fiel Sewastopol

nach 349-tägiger Belagerung im September 1855. Während der Pariser Friedensverhandlungen wurde die Demilitarisierung des Schwarzen Meeres beschlossen und damit das vorläufige Ende des russischen Machtstrebens im Süden besiegelt. Die verbündeten Truppen verließen die Krim im Juli 1856; bereits 1870 brach Russland unter Ausnutzung der französischen Niederlage gegen Preußen-Deutschland die Pariser Bestimmungen.

Zeitalter der Weltkriege

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges zeigte sich erneut die geopolitische Bedeutung der Krim, als der unter osmanischer Flagge fahrende deutsche Schlachtkreuzer SMS Goeben den wiederhergestellten Kriegshafen Sewastopol beschoss. Obwohl die Operation militärisch ohne Wirkung blieb, erklärte das Zarenreich dem Osmanischen Reich den Krieg. Letzteres sperrte den Bosphorus, womit

Russland von Warenhandel und Hilfslieferungen im Süden abgeschnitten war. In den Wirren des russischen Bürgerkrieges besetzten deutsche Truppen nach Gefechten mit den Bolschewiki 1918 die Krim. Nach der Niederlage Deutschlands versuchten alliierte Truppen, Kriegsmaterial zu sichern und die Bolschewiki in Schach zu halten. Mit zunächst 4000 Mann waren sie allerdings viel zu schwach, um die gegenrevolutionären »weißen« Truppen im Kampf mit der Roten Armee wirksam zu unterstützen. Bis 1920 mussten Alliierte und »Weiße« abziehen. Sowjetrussland verfügte damit über eine bedeutende maritime Operationsbasis im Schwarzen Meer.

Unmittelbar vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 waren die Fortifikationen Sewastopols noch einmal umfassend ausgebaut worden. Die Stadt glich nun einer Festung, die see- und landseitig verteidigt werden konnte. Die Bedeutung der Krim zeigte sich darin, dass die deutsche Luftwaffe Sewastopol bereits in den ersten Kriegstagen aus der Luft angriff, wenn auch erfolglos. In einer im September 1941 beginnenden Operation versuchte General Erich von Manstein, die Halbinsel rasch zu erobern. Ziel war es, die rumänischen Ölfelder vor der sowjetischen Luftwaffe zu schützen und für die eigenen Truppen zu sichern. Dabei erwiesen sich die räumlichen Bedingungen des Krieges erneut als hinderlich: Die deutschen Nachschubwege waren überdehnt und das gut ausgebaut Terrain um Sewastopol bevorzugte den Verteidiger. Wie bereits 1854/55 gingen die Kämpfe in einen Stellungskrieg über. Die sowjetische Besatzung unter Vizeadmiral Filipp Oktjabrski widerstand den deutschen Angriffen 250 Tage lang, bis Sewastopol im Juli 1942 fiel. Pläne, die Krim zu einem nationalsozialistischen Musterland auszubauen, scheiterten an der weiteren Entwicklung des Krieges. Am 8. April 1944 begann die sowjetische Krim-Offensive, am 12. Mai 1944 ergaben sich die im Gebiet westlich Sewastopol verbliebenen 15 000 deutschen und rumänischen Soldaten. Zuvor waren etwa 150 000 Mann über den See- und Luftweg evakuiert worden.



Verletzung, Tod, Verwüstung: Der Krimkrieg (1853–1856) gilt als erster »industrieller« Krieg, zeitgenössische Lithografie.



Zweiter Weltkrieg: Truppen der Wehrmacht in der zerstörten Stadt Sewastopol, Sommer 1942.

Wem gehört die Krim?

Im Jahr 1954 gliederte Nikita Chruschtschow die Krim aus der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik aus und übertrug sie der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Anlass dieser heute von Moskau in Frage gestellten »Schenkung« war der 300. Jahrestag eines Übereinkommens, das vor allem von russischer Seite als Beginn einer unverbrüchlichen Allianz mit der Ukraine interpretiert wurde. Sewastopol blieb nach 1954 allerdings unmittelbar von Moskau verwalteter Flottenstützpunkt.

1991 zerfiel die UdSSR und die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung votierte in einem Referendum für die Unabhängigkeit. Doch der Status der Krim war umstritten, zumal auch aufgrund einer teils gewaltsamen Migrationspolitik große russische Bevölkerungsteile auf der Krim lebten. 1992 erhielt die Halbinsel den Status einer Autonomen Republik im ukrainischen Staat.

1994 verzichtete die Ukraine auf den Besitz von Atomwaffen und damit auf ein bedeutendes Machtinstrument. Dafür garantierten Großbritannien, Russland und die USA im Budapester Memorandum ihre Grenzen und Souveränität. 1997 einigten sich die Russische Föderation

und die Ukraine, die Schwarzmeerflotte im Verhältnis 82:18 untereinander aufzuteilen. Russland pachtete Abschnitte des Sewastopoler Hafens, um den strategisch wichtigen Flottenstandort zu bewahren.

Die Annexion der Krim 2014

Als die Ukraine 2014 einen politischen Umsturz erlebte, nutzte Russland die Gunst der Stunde und besetzte in einer planmäßig vorbereiteten Operation die gesamte Krim. Die Besetzung und Angliederung der Krim an Russland waren ein klarer Bruch des Völkerrechts, vor allem der Charta der Vereinten Nationen (Art. 2 Nr. 4: allgemeines Gewaltverbot). Moskaus Argument, auf der Krim sei die Sicherheit russischer Bürger gefährdet gewesen, wird dagegen von Völkerrechtlern zurückgewiesen. Die am 18. März 2014 vollzogene Eingliederung der Krim geschah, weil die dem Westen zuneigende Ukraine als geschwächt galt und Russland keinen Widerstand der internationalen Staatenwelt fürchtete. Die Krim galt und gilt nach wie vor als geopolitischer Angelpunkt und Symbol russischer Größe.

Im Februar 2022 begann die Russische Föderation einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dies be-

legt eindrücklich, dass sich Moskaus Machtanspruch nicht auf die Krim beschränkt. Staatschef Wladimir Putin scheint vielmehr in der Kontinuität einer imperialen russischen Politik zu stehen, die die Ränder des Imperiums immer wieder rücksichtslos und gewaltsam konsolidierte. Sie wurde und wird geschichtspolitisch legitimiert. Diesen tendenziell grenzenlosen Machtanspruch zurückzuweisen ist die zentrale Herausforderung, der sich der Westen dieser Tage stellen muss. Sie kann sich morgen in ähnlicher Weise auch auf anderen Kontinenten zeigen.

Dr. Christoph Nübel ist Wiss. Mitarbeiter im Forschungsbereich Deutsche Militärgeschichte nach 1945 am ZMSBw. Erstabdruck in: Michael Epkenhans und Frank Hagemann (Hrsg.), Militärgeschichte. Von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, Braunschweig 2021, S. 130–133. (aktual.)

Literaturtipp

Mungo Melvin, Sevastopol's Wars. Crimea from Potemkin to Putin, London 2017.

Verheerter Kampfraum

Raum, Operationen und Besatzungsherrschaft in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurde die Ukraine wegen ihrer kriegswirtschaftlichen Ressourcen zu einem wichtigen Ziel. Die deutsche Eroberung und die sowjetische Rückeroberung ließen die Ukraine zu einem verheerten Kriegsraum werden. Darüber hinaus verfolgten die deutschen Besatzer die Politik rasseideologisch motivierter Ausbeutung und Vernichtung.

Von Markus Pöhlmann



Ein Schützenpanzer rollt an russischen Straßenbarrikaden vorbei durch die Straßen von Charkiw, November 1941.

Im Verlauf des deutschen Krieges gegen die Sowjetunion bildete das Staatsgebiet der heutigen Ukraine zwischen Juni 1941 und Mai 1944 einen entscheidenden Kampfraum und einen zentralen Schauplatz der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen.

Im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 hatten sich Adolf Hitler und Josef Stalin gegenseitig ihrer Einflusszonen in Mittel-Ost-Europa versichert. Eine Woche später überfiel zunächst die Wehrmacht Polen, wenig später rückte die Rote Armee ebenfalls in das Land ein. Die Republik Polen wurde zerschlagen, ihr Territorium aufgeteilt. Allerdings entschloss sich Hitler bereits im Juni 1940, auch die Sowjetunion anzugreifen. Die Gründe hierfür waren die Sicherung der deutschen Ostgrenze für den Fall des ebenfalls geplanten Krieges gegen Großbritannien, damit verbundene kriegswirtschaftliche Interessen sowie sein rasseideologisches Programm eines germanischen »Lebensraums im Osten«.

Hitlers Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 (Fall »Barbarossa«) legte fest, die Sowjetunion »in einem schnellen Feldzug« niederzuwerfen. Dazu sollten die im europäischen Teil des Landes stehenden Verbände der Roten Armee frühzeitig vernichtet werden. Drei Heeresgruppen wurden gebildet: Im Generalgouvernement und im mit Deutschland verbündeten Rumänien versammelte sich die Heeresgruppe Süd. Diese sollte die sowjetischen Kräfte in der Westukraine angreifen und danach auf die kriegswirtschaftlich bedeutende Region Donbas/Donbass vorstoßen. Die Heeresgruppe Mitte erhielt den Auftrag, die sowjetischen Kräfte in Belarus zu zerschlagen und dann im nächsten Schritt die Heeresgruppe Nord bei deren Angriff auf das Baltikum und Leningrad zu unterstützen. Nach der Erfüllung dieser Aufträge sollten die Heeresgruppen Mitte und Nord gemeinsam zum Angriff auf die Hauptstadt Moskau antreten. Die in der Weisung festgelegte Schwerpunktsetzung war innerhalb der militärischen Führung umstritten und sollte im weiteren Verlauf zu Konflikten

und Änderungen führen. Während Hitler in den Kategorien seines strategischen Raub- und Vernichtungskrieges dachte, blieben seine militärischen Berater in den operativen Kategorien – die Rote Armee und Inbesitznahme der Hauptstadt – verfangen. Die Gefahr ei-

ner exzentrischen Operationsführung und eines Schwerpunktverlustes waren damit schon in der Anlage zu erkennen. Am 22. Juni 1941 traten rund 3,6 Millionen Mann zum Angriff auf die Sowjetunion an, etwa ein Drittel davon im Bereich der Heeresgruppe Süd.



Soldaten der Heeresgruppe Süd beobachten den Don. In der Ebene aufgegebene sowjetische Panzer, 1941.



Scheff/Süddeutsche Zeitung, Photo

Der Westen der Ukraine, in den die Wehrmacht einfiel, grenzte an das Generalgouvernement, Ungarn und Rumänien. Im Norden bildeten die Prypjat/Pripjat-Sümpfe eine natürliche Grenze zur Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Die Westukraine war ein ausgeprägtes Agrarland («Kornkammer»), vom Gelände her eben und bis auf einige Waldgebiete deckungslos. Für den weiteren Verlauf des deutschen Vormarsches bildeten die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Flüsse militärische Abschnitte, vor allem Dnister/Dnjestr, Dnipro/Dnjepr, Südlicher Bug, Donez und Mius. Die Westukraine und auch die Krim waren alte Kulturlandschaften mit multiethnischer Bevölkerung.

Überfall 1941

Die für den Angriff auf die Ukraine vorgesehene Heeresgruppe Süd bestand zunächst aus vier Großverbänden: Die in Rumänien aufmarschierte 11. Armee sollte die dortigen Ölfelder gegen einen möglichen sowjetischen Angriff schützen und bei dessen Ausbleiben die gegnerischen Verbände entlang der Schwarzmeerküste fesseln. Die 17. Armee im Zentrum hatte den Auftrag,

aus Galizien heraus als rechte Zange in Richtung auf Winnyzja/Winniza anzugreifen und so ein Entweichen der gegnerischen Kräfte über den Dnipro zu verhindern. Den linken Flügel der Heeresgruppe bildete die 6. Armee. Diese sollte aus dem Raum Lublin auf Kyjiw/Kiew vorstoßen. Dort angekommen sollte sie noch diesseits des Dnipro nach Süden einschwenken. Die Spitze dieser linken Zange bildete die Panzergruppe 1 (ab 8. Oktober: 1. Panzerarmee).

Auf sowjetischer Seite standen die Verbände des Odessaer und des Besonderen Militärbezirks von Kyjiw. Der seit Anfang 1941 laufende Aufbau deutscher Kräfte war deren Aufklärung nicht entgangen. Allerdings wollte Stalin die Möglichkeit eines Angriffs seines deutschen Verbündeten nicht wahrhaben. Das sowjetische Oberkommando tat zahlreiche Warnungen bis zur letzten Minute ab. Der deutsche Überfall am 22. August 1941 traf deshalb die Rote Armee auch in der Ukraine nicht aus heiterem Himmel, aber trotzdem schlecht vorbereitet.

Der Angriff der Heeresgruppe Süd litt auf seiner linken Flanke an der Bedrohung durch die sowjetische 5. Armee, die unvermittelt in den Prypjat-Sümp-

fen auftrat. Die deutschen Planer hatten dieses Gebiet bis dahin für unzugänglich gehalten. Eine handstreichartige, frühe Einnahme von Kyjiw scheiterte Anfang August an unzureichenden Kräften. Erst nach der Kesselschlacht von Uman (15. Juli–8. August 1941) konnte die Wehrmacht Brückenköpfe am Dnipro bilden und nun auch von Süden gegen Kyjiw vorrücken. Nach der Schlacht von Kyjiw (23. August–25. September 1941) hatte die Heeresgruppe mit der Zerschlagung der sowjetischen Kräfte westlich des Dnipro und der Einnahme der ukrainischen Hauptstadt ihr erstes operatives Ziel erreicht. Was auf den ersten Blick wie ein großer Sieg aussah, trug allerdings den Keim der folgenden Rückschläge schon in sich. Die Rote Armee hatte sich trotz Überraschung und trotz Schwächen in der Führung als ein überaus hartnäckiger Gegner erwiesen. Der Preis des Sieges war auf deutscher Seite eine frühe Erschöpfung von Menschen und Material. Außerdem hatte die benachbarte Heeresgruppe Mitte eigene Kräfte für die Schlacht von Kyjiw umlenken müssen. Damit verschob sich der deutsche Schwerpunkt insgesamt in den Süden. Eine Verschiebung des Schwerpunktes nach Süden war auch

bei der Heeresgruppe Süd selbst zu beobachten. Denn diese erhielt nun Anfang Oktober den Befehl, gleichzeitig den Angriff auf den Donbas und die Eroberung der Halbinsel Krim einzuleiten.

Anders als der Westen des Landes waren die Zentral- vor allem aber die Ostukraine stark industriell geprägt. Krywyj Rih/Kriwoj Rog und der Donbas lieferten einen bedeutenden Anteil an den sowjetischen Erz- und Manganvorkommen sowie an der Eisen- und Stahlproduktion. Charkiw/Charkow und Dnipropetrowsk/Dnjepropetrowsk (heute: ukr. Dnipro) waren bedeutende Rüstungsstandorte. Das Gelände war von industrieller Bebauung geprägt und hatte im Ostteil des Landes teilweise Steppencharakter. An der Küste des Schwarzen und des Asowschen Meeres lagen mit Odesa/Odessa, Mykolajiw/Nikolajew und Mariupol wichtige Handelshäfen.

Der deutsche Vormarsch durch die Zentralukraine schritt zwar noch gut voran. Allerdings machten sich jetzt die immer länger werdenden Versorgungslinien und die saisonale Schlammperiode bemerkbar. Die sowjetischen Verbände wichen aus und hinterließen teilweise eine planmäßig zerstörte Infrastruktur, darunter das größte Wasserkraftwerk Europas bei Saporischschja/Saporoschje. Kriegswichtige Industrieanlagen, etwa in Charkiw und Stalino (heute: Donezk),

wurden in aller Eile demontiert und nach Osten verfrachtet. Dass es für die Wehrmacht mit einem »schnellen Feldzug« nichts werden würde, wurde immer klarer. Die Sorgen der Kommandeure kreisten jetzt auch um die Frage einer Überwinterung. Mit der Eroberung von Rostow am Don (20. November 1941) war die Wehrmacht sogar über die Ukraine hinaus vorgestoßen; allerdings konnte sie die Stadt nicht halten. Die operative Überdehnung war augenfällig und die Heeresgruppe bezog auf einer Linie zwischen Taganrog am Asowschen Meer und dem Raum östlich von Kursk eine Winterstellung.

Im Rücken der Front lief von Beginn des Krieges an die planmäßige Ausrottung der jüdischen Bevölkerung, der Roma und der politischen Gegner. So ermordeten deutsche Sondereinheiten nach der Einnahme von Kyjiw in der Schlucht von Babyn Jar/Babi Jar innerhalb von nur zwei Tagen rund 33 000 Menschen. Die rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen des Landes, Zwangsarbeit und die Errichtung eines Besatzungsregimes schritten voran. Das Territorium der Ukraine war bis Jahresende aufgeteilt zwischen dem rückwärtigen Heeresgebiet Süd, dem Generalgouvernement, einem mit dem Vorstoß wachsenden Reichskommissariat Ukraine sowie den von Rumänien annektier-

ten Landesteilen. Namentlich in der Westukraine mit ihren nicht-russischen Bevölkerungsanteilen hatten manche die Deutschen als Befreier von der sowjetischen Unterdrückung gesehen – eine Hoffnung, die bald brutal enttäuscht wurde.

Schwerpunkt im Eroberungs- und Vernichtungskrieg (1942)

Das Scheitern des Unternehmens »Barbarossa« zwang die deutsche Führung, den Ostkrieg neu zu planen. Hitlers wies die Wehrmacht für 1942 an, die »verbliebene lebendige Wehrkraft« der Sowjetunion »endgültig zu vernichten« und dem Gegner die »wichtigsten kriegswirtschaftlichen Kraftquellen« zu entziehen. Dafür sollte die Heeresgruppe Süd auf die Ölgebiete im Kaukasus und dann Richtung Wolga vorstoßen. Die Heeresgruppe Mitte sollte zunächst haltmachen und sich reorganisieren, während der Heeresgruppe Nord der Auftrag erteilt wurde, die Blockade von Leningrad abzuschließen. Jetzt lag der deutsche Schwerpunkt also eindeutig auf der Front in der Ukraine.

Während der Vorbereitung für die Offensive (Fall »Blau«) brach allerdings am 12. Mai ein Großangriff der sowjetischen Südwestfront gegen Charkiw los (zum Fall »Blau« siehe ZMG 2/2022). Der An-



Erschiebung von Juden in der Ukraine, Juli–September 1941.

griff konnte zwar abgewehrt werden, wies aber auf die verbliebene Kampfkraft der Roten Armee hin. Gleichzeitig und dem Fall »Blau« vorgeschaltet begann die Heeresgruppe mit der vollständigen Eroberung der Krim. Dazu nahm sie zunächst bis 15. Mai die Halbinsel Kertsch ein und wandte sich dann der förmlichen Belagerung der Festung Sewastopol zu. Diese war seit Kriegsbeginn ausgebaut und verstärkt worden. Ihre Einnahme gelang erst am 4. Juli, nach zehrenden Kämpfen und der vollständigen Zerstörung der Festung und der Stadt.

Bereits am 27. Juni war die Heeresgruppe Süd zur Offensive angetreten. Sie stieß nun über die Grenze der Ukraine hinaus in Richtung auf den Kaukasus und auf die Wolga vor. Im November 1942 endete der Vormarsch mit der Einschließung der 6. Armee in Stalingrad. Zumindest auf operativer Ebene hatte sich damit das Blatt gewendet. Nur mit Mühe konnten sich die deutschen Verbände im Winter 1942/43 der Vernichtung durch die auf breiter Front angreifende Rote Armee entziehen. Bis März 1943 war die Heeresgruppe mehr oder weniger wieder auf die Mius–Donez-Linie zurückgegangen, aus der sie im Sommer 1942 angetreten war. Damit war der Krieg auch wieder in der Ukraine angekommen. Ab jetzt bewegte sich die Front in diesem Raum allerdings nur noch nach Westen.

Währenddessen hatte sich die Zivilverwaltung des Reichskommissariats etabliert. Hunderttausende Ukrainerinnen und Ukrainer gingen – geworben oder verschleppt – zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Andere traten als Hilfskräfte in den Dienst der Wehrmacht, der Waffen-SS und der Polizeien. Mit der Eroberung der Krim wurden auch hier Juden und Roma planmäßig ermordet. Als Ergebnis einer an rassistischen Prinzipien orientierten Mangelversorgung starben zehntausende Menschen an Hunger. Im Vergleich zu Belarus entwickelte sich der von der Roten Armee seit Mai 1942 zentral organisierte Partisanenkampf in der Ukraine schwächer. Allerdings traten hier auch nationalukrainische Partisanengruppen



auf, die gegen die Wehrmacht und die Rote Armee kämpften.

Rückzug und Zerstörung (1943/44)

Die Kräfteverhältnisse der Wehrmacht erlaubten für das Jahr 1943 nur noch eine begrenzte Offensive, mit der die Rote Armee geschädigt und in Schach gehalten werden sollte. Die Schlacht bei

Kursk (5. bis 17. Juni 1943) entwickelte sich zwar zur größten Landschlacht des Zweiten Weltkrieges. Das eigentlich Bemerkenswerte aber war, dass die Rote Armee unmittelbar nach der Abwehr des deutschen Angriffs noch mehrere Gegenoffensiven starten konnte. Auf ukrainischem Territorium waren dies ein Angriff bei Charkiw, einer bei Isjum und einer an der Mius–Donez-Linie. Jetzt trat die Wehrmacht in der Ukraine

Politik der verbrannten Erde:
zerstörte Häuser im Kampfraum
Kowel (Ukraine) an der Ostfront,
aufgenommen im Mai 1944.



Sammlung Berliner Verlag/Archiv/Süddeutsche Zeitung Photo

den Rückzug auf den Dnipro an. Dabei verfolgte sie eine Taktik der »Verbrannten Erde«, die den Raub aller transportablen Ressourcen, umfangreiche Zerstörungen und Zwangsevakuierungen vorsah. Im Oktober war die Krim abgeschnitten, am 5. November 1943 wurde Kyjiw von der Roten Armee eingenommen. Am Jahresende 1943 verlief die Front auf einer Linie von Odesa über Tscherkassy/Tscherkassy bis nach Schytomyr/Schitomir. Bis Mai 1944 war die Wehrmacht auf das Generalgouvernement und auf Rumänien zurückgedrängt. Der Krieg in der Ukraine war damit zu Ende gegangen.

Verheerter Kampfraum

In der Gesamtschau des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion nehmen die Kämpfe in der Ukraine eine besondere Stellung ein. Hier wurde die exzentrische Anlage des Feldzugsplans und damit die operative Überdehnung der Wehrmacht am ehesten spürbar. Es waren die kriegswirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine, an denen sich die

Gegensätze zwischen Hitler und seinen Generalen entzündeten. Je erfolgreicher die Wehrmacht auf den ersten Blick in der Ukraine war, desto mehr verlor sie sich räumlich und kräftemäßig. Die Ukraine war im wahrsten Sinne des Wortes ein verheerter Kampfraum, weil hier der Krieg zweimal durchzog – 1941 bis 1943 von West nach Ost, und 1943/44 noch einmal von Ost nach West. Beide Seiten ließen im Verlauf ihrer jeweiligen Rückwärtsbewegungen wenig stehen. Schließlich war die Ukraine auch ein multiethnischer Raum, was Folgen für die Loyalitäten hatte. Unter den Bedingungen der stalinistischen Nachkriegsordnung blieben kontroverse Themen tabu. Dazu zählten Stalins eigenes Versagen bei der Bewertung der tödlichen Bedrohung, militärische Führungsfehler sowie strukturelle Schwächen einer durch politische Säuberungen und Missmanagement geschwächten Armee. Dazu zählten aber auch die Folgen der Unterdrückung von Minderheiten für deren Loyalitäten während des Krieges, die Kollaboration und der ohne jede Rücksicht auf die eigene Bevölkerung

geführte Krieg. Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 wird dieses unter Stalin gültige Geschichtsbild in der Ukraine immer stärker hinterfragt.

Dr. habil. Markus Pöhlmann ist Projektleiter Erster Weltkrieg im Forschungsbereich Deutsche Militärgeschichte bis 1945 am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Er forscht aktuell zum militärischen Nachrichtesen zwischen 1871 und 1914 und zur Geschichte der Reichswehr.

Literaturtipps

Christian Hartmann u.a., Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944. Facetten einer Grenzüberschreitung, München 2009.

Jonathan Littell, Die Wohlgesinnten. Übersetzt von Hainer Kober, Berlin 2008 (Tatsachenroman).

Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008.

Gemeinsam abwehrbereit

Die Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der gestiegenen Bedrohung der nord- und mittelosteuropäischen Staaten durch Russland ist die Landes- und Bündnisverteidigung wieder in den Fokus der Bundeswehr und der NATO gerückt. Bei der Frage, wie man sich diese vorstellen kann und was Nukleare Teilhabe heißt, lohnt ein Blick in die Zeit des Kalten Krieges.

Von Heiner Möllers



Bundeswehr/Marco Dajnow

Übung für den Ernstfall: Panzergrenadiere liegen im Rahmen der Gefechtsübung »Iron Wolf« der multinationalen Enhanced Forward Presence Battlegroup in Pabrade, Litauen, am 19. Juni 2019 mit dem Maschinengewehr MG5 in Stellung.

Im Kalten Krieg zweifelte niemand in der Bundesrepublik an der Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) für die Sicherheit des Bundesgebiets. Bei einer militärischen Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt wären die Bundesrepublik und die DDR ohne Zweifel Hauptschauplatz der Auseinandersetzung geworden. Die Bundeswehr war daher exzellent ausgestattet und schnell einsatzfähig.

Seit 1989/90 und dem Ende des Kalten Krieges wählte sich Deutschland »von Freunden umgeben«. In der Folge wurde die Bundeswehr mehrfach reduziert und umstrukturiert, ohne eventuelle Bedrohungen zu beachten. Der Fokus lag bis etwa 2015 ausschließlich auf Auslandseinsätzen.

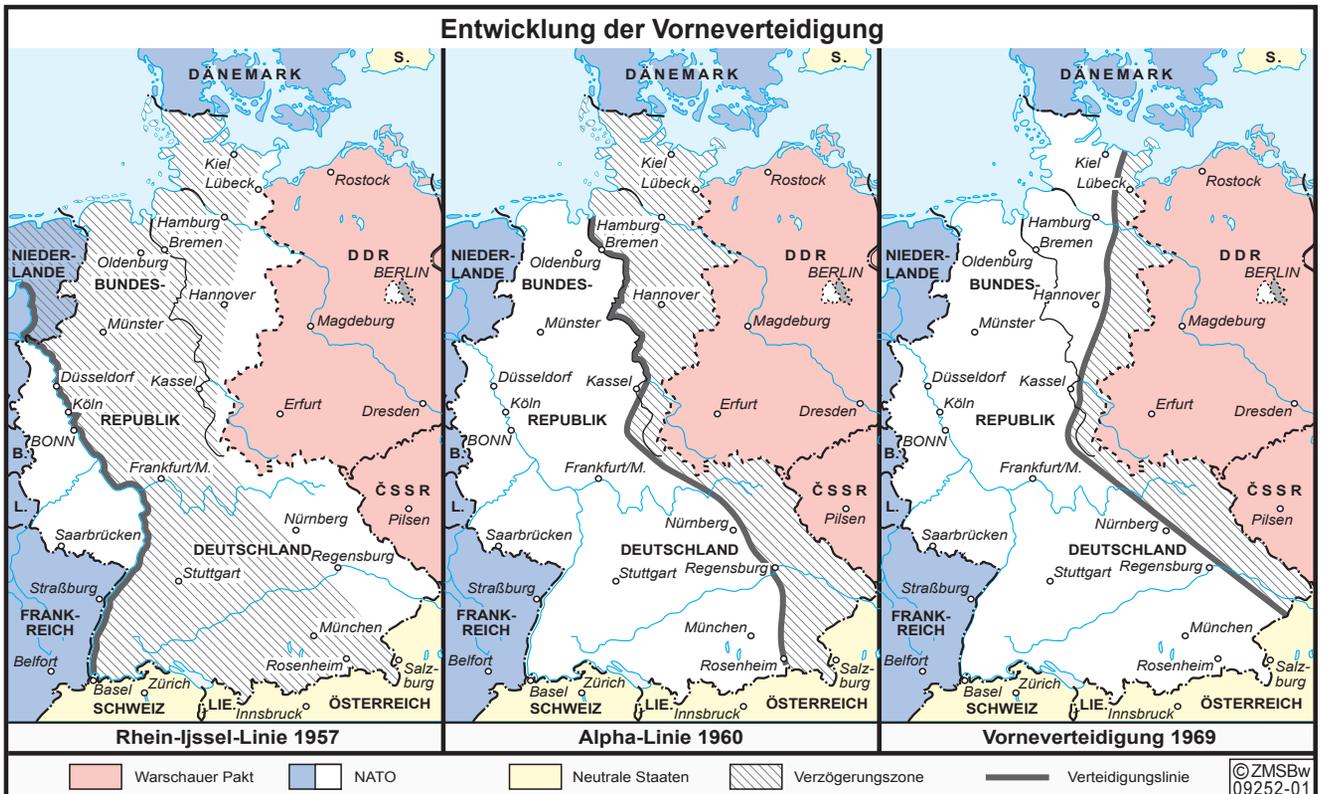
Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, dass eine drastische Umkehr dieser Entwicklung notwendig ist. Von einer »Zeitenwende« ist die Rede, die deutlich vor Augen führt, dass es ein Weiter so für die Bundeswehr nicht geben kann. Es geht darum, die volle Einsatzbereitschaft wiederherzustellen und die Zusagen

gegenüber der NATO zu erfüllen. In diesem Zusammenhang gewinnen auch Fragen der LV/BV an Bedeutung. Die ursprünglichen Konzepte aus der Zeit des Kalten Krieges bieten hierfür einen ersten Ansatzpunkt.

General Defense Plan

Die LV/BV folgte im Kalten Krieg den Planungsvorgaben des General Defense Plan (GDP). Denn ein Angriff auf die Bundesrepublik hätte zur Antwort des ganzen Bündnisses geführt.

Ausgehend von einer Direktive des NATO-Oberbefehlshabers Europa (SACEUR) hatten die beiden Army Groups zwischen Elbe und Alpen (NORTHAG und CENTAG) für jedes der eingesetzten (nationalen) Korps Vorgaben gemacht und Grenzen bestimmt. Diese mündeten dann in den GDP beziehungsweise in Operationspläne der Korps, Divisionen und Brigaden. Insgesamt handelte es sich beim GDP um Planungsdokumente, die alle zwei bis drei Jahre überprüft, aktualisiert und/oder neu gefasst wurden.



Unterhalb der Brigadeebene, bei den Bataillonen und selbstständigen Kompanien der Brigaden gab es keinen GDP, sondern konkrete Operationsbefehle, die für den ersten Kriegstag gegolten hätten. Danach war alles dem sprichwörtlichen System der Aushilfen unterworfen.

In diesem SACEUR GDP waren die verschiedenen Korps aus den Niederlanden, Belgien, den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik gestaffelt und im Sinne der so grenznah wie möglichen Vorverteidigung eingesetzt. In einfachen Grafiken wurde dies dann als »Schichttorte« bezeichnet.

Die Präsenz dieser alliierten Korps an der innerdeutschen Grenze war dabei mehr als nur eine Verteidigung der Bundesrepublik. Sie war sichtbarer Ausdruck der Bündnisverteidigung.

Wer verteidigt Deutschland – und damit den Westen?

In der Bundesrepublik waren bis zum Ende der Blockkonfrontation Streitkräfte aus zahlreichen Partnerstaaten der NATO in unterschiedlichem Umfang stationiert, insgesamt wohl mehr als eine Million Soldaten mit mehr als 8000 Kampfpanzern. Die Kontingente waren von unterschiedlicher Qualität und auch nicht immer in den Regionen stationiert, in denen ihr Gefechtsstreifen liegen sollte: Die niederländischen Truppen beispielsweise waren zum Großteil in ihrem Heimatland stationiert, sollten aber im Verteidigungsfall einen Gefechtsstreifen südlich von Hamburg verteidigen. Ihr Aufmarsch wäre, wie bei anderen Kontingenten auch, damit eine erste große Herausforderung geworden.

Bei der Bundeswehr war dies in Teilen anders: Die für die Verzögerung eingeplanten hochpräsenten Verbände (Personal- und Materialausstattung über 90 Prozent), meistens Brigaden, waren vielfach an der damaligen innerdeutschen Grenze stationiert. So lagen zum Beispiel die Panzerbrigade 2 in Braunschweig, die Panzerbrigade 6 in Hofgeismar/Hessen und die Panzergrenadierbrigade 35 um Hammelburg in der Rhön. Sie wären umgehend einsatzbereit ge-

wesen und besaßen somit eine ausgezeichnete Kaltstartfähigkeit.

Ob eine solche Landes- und Bündnisverteidigung aus dem Stand notwendig geworden wäre, ist unklar.

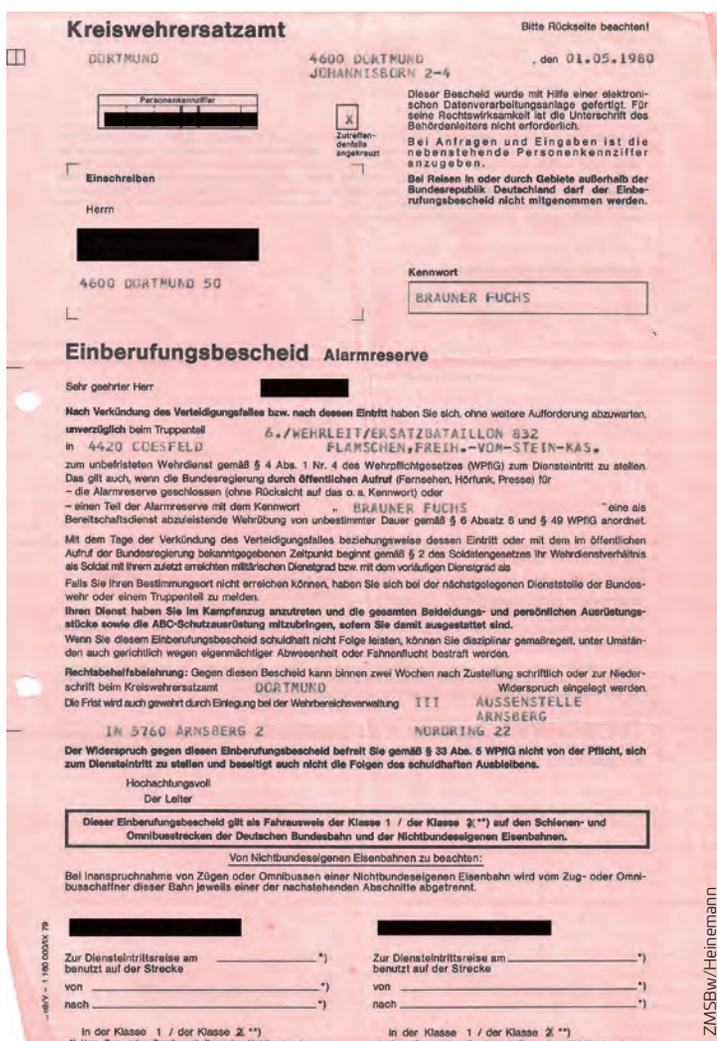
Chance auf Alarmierung?

In den Zeiten des Kalten Krieges gingen NATO und Bundeswehr von einer Vorwarnzeit – ungeachtet etwaiger blitzartiger Raketenangriffe – von etwa 48 Stunden aus, um die Truppen zu alarmieren und die Landstreitkräfte in die Einsatzräume ausrücken zu lassen. Eine vorausgehende politische Krise hätte vielleicht mehr Zeit geben können, sich auf den Verteidigungsfall vorzubereiten.

Zugleich war die Auslösung des Alarmfalls immer mit dem Risiko verbunden, die Lage weiter zu eskalieren.

Die Bundeswehr hatte einen Friedensumfang von rund 495 000 Mann, der im Krieg auf mehr als 1,2 Millionen hätte aufwachsen sollen. Die für diesen Fall eingeplanten Reservisten bewahrten ihre persönliche Ausrüstung zumeist zu Hause auf. Sie hatten einen Einberufungsbescheid mit Stichworten wie »Brauner Fuchs« oder »Weißer Fisch«. Wäre im Rundfunk ein solches Codewort ausgerufen worden, hätten die Reservisten – so die Annahme – sofort bereitgestanden.

Die Verdreifachung der Bundeswehr im Verteidigungsfall sah die Auffüllung



Einberufungsbescheid mit Kennwort »Brauner Fuchs«, Mai 1980.



Übung für den Ernstfall: Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 der 5. Panzerdivision während des Manövers »Goldener Löwe« im Schwalm-Eder-Kreis 1987.

zahlreicher personell nur teilweise bestehender, »gekaderter« »Geräteeinheiten« mit in Depots bereitgehaltenem Material vor. Zusätzlich hätte die Bundeswehr von zivilen Firmen Lastkraftwagen, Baugeräte und sonstiges notwendiges und hilfreiches Material bekommen sollen – dazu gab es entsprechende Heranziehungsbescheide. Ob alles Gerät auch zur Verfügung gestanden hätte, ist unklar. Tatsächlich hat die Bundeswehr nur einmal, 1988 in der Übung »Landesverteidigung 88«, in größerem Umfang die Mobilisierung von Reservisten und Gerät geübt.

Im Gegensatz zum Territorialheer und den übrigen Heeressoldaten war die Luftverteidigung der NATO »24/7«, also rund um die Uhr, im Dienst. Die Luftraumüberwachung, die Flugabwehrraketentruppe und die Jagdflieger der

Allianz waren ständig einsatzbereit. Gleiches galt für die Masse der Luftangriffskräfte und solche Verbände, die in die Nukleare Teilhabe der NATO eingebunden waren.

Landesverteidigung konkret

Die ersten Verbände des Heeres, die im Verteidigungsfall eingesetzt worden wären, waren die Verzögerungsverbände. Ihre Aufgabe war, mit hinhaltendem Widerstand – Verteidigung, Gegenangriff, Ausweichen etc. – den Gegner wenigstens 24 Stunden aufzuhalten und besser noch ebenfalls abzunutzen. Diese Verbände waren in der Regel kampfstärke Brigaden des Heeres, oftmals gar Panzerbrigaden, die mit der Einführung des Leopard 2 als besonders schlagkräftig galten.

So hatte die Panzerbrigade 6 laut ihrem GDP 1987 den Auftrag, vor dem Vorderen Rand der Verteidigung (VRV) der 2. Panzergrenadierdivision zwischen Göttingen und Eschwege »an der innerdeutschen Grenze [zur damaligen DDR] beginnend solange wie möglich, jedoch mindestens 24 Stunden« den Gegner hinzuhalten und abzunutzen. Die Brigade hätte neben ihren eigenen Truppen (vier Kampftruppen- und ein Panzerartilleriebataillon) und den Brigadeeinheiten (eine zusätzliche Panzerpionierkompanie) einen zweiten leichten Panzeraufklärungszug, einen Schwarm Panzerabwehrhubschrauber sowie einen Flugabwehrkampfverband mit einem guten Dutzend Flugabwehrkanonenpanzern Gepard erhalten. Mit diesen Kräften hätte die Brigade das Gefecht aufnehmen sollen.

Die innerdeutsche Grenze ragte in dieser Region pfeilförmig an den VRV heran und war teilweise weniger als 5 Kilometer von ihm entfernt. Damit war die Verzögerung in diesem grundsätzlich verteidigungsgünstigen, welligen und bewaldeten Gelände schwierig.

»Verzögerungsgefecht«

Um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein, hatte die Brigade schon zu Friedenszeiten regelmäßig mit Geländeerkundungen Stellungen zu identifizieren, aus denen heraus der Feind mit drei gemischten Panzerbataillonen bekämpft werden konnte. Ein weiteres Bataillon wurde als Brigadereserve bereitgehalten. Ebenso kannte die Artillerie der Brigade ihre Feuerstellungsräume, um über die ganze Breite des Gefechtsstreifens (immerhin 50 Kilometer!) »Unmittelbare Feuerunterstützung« geben zu können.

Damit diese Verzögerung überhaupt möglich werden konnte, waren weitere Vorbereitungen notwendig: Die in den Verteidigungskreiskommandos vorhandenen und regional zuständigen Wallmeistertrupps hätten die vorbereiteten Sperren, also bereits im Frieden präparierte Straßen- und Brückensprengungen, jetzt »geladen« und der Kampftruppe übergeben. Diese hätte sie zur passenden Zeit ausgelöst. Die Pionierkompanie der Brigade hatte weitere feldmäßige Sperren anzulegen, um den Feind auf wenige gut zu verteidigende Korridore zu kanalisieren. Dazu wären Wurfminensperren gekommen, die lagebezogen schnell und effizient motorisierte Verbände blockieren konnten. Wichtig wäre aber ebenso die Freihaltung von Gewässerübergängen gewesen, über die die eigenen Kräfte im Zuge der Verzögerung hätten ausweichen müssen. Nicht umsonst hatte die Bundeswehr damals vielfältig spezialisierte Pionierkräfte. Weiterhin war die Versorgung der Brigade mit Munition, Treibstoff und weiteren Versorgungsgütern aus vorgeschobenen Depots bereits im Frieden geplant.

Insgesamt wäre also schon das Verzögerungsgefecht eine komplexe Angele-

genheit geworden, was für die anschließende Verteidigung am VRV ebenso zutraf.

Nach der Verzögerung sollten die verbliebenen Teile dieser Brigade als Reserve des III. Korps eingesetzt werden; mit Ausnahme ihres Panzerartilleriebataillons (»Artillerie bildet keine Reserven!«). Für den Einsatz von Luftstreitkräften im Close Air Support (Luftnahunterstützung gegen Ziele am Boden) hielt der GDP der Panzerbrigade 6 lapidar fest: »Die Zuweisung [...] erfolgt abhängig von den verfügbaren Mitteln

»Im Gefechtsstreifen der 2. Panzergrenadierdivision wird der Angriff von 5 Regimentern aus 3 Motschützendivisionen in erster taktischer Staffel erwartet mit Schwerpunkt südlich Göttingen im Zuge der Enge Friedland.«

GDP Panzerbrigade 6, 1987

gemäß den [...] gesetzten Prioritäten. Die Panzerbrigade 6 liegt nicht im Schwerpunkt.« (Panzerbrigade 6, Befehl für die Verzögerung, GDP 1/87.) Damit war wenig Hilfe aus der Luft zu erwarten.

Der Feind

Alle Planungen zur Landesverteidigung richteten sich an den konventionellen Streitkräften des Warschauer Paktes aus, die den Kräften der NATO erheblich überlegen waren – wenigstens auf dem Papier und in der damaligen »Übungsgliederung ROT«. Dies spiegelt sich im GDP der Panzerbrigade 6 aus dem Jahr 1987 wider.

Der GDP ging davon aus, dass die Feindkräfte schnell einen Übergang über die 20 bis 30 Kilometer weiter westlich fließenden Werra und Weser erreichen wollten. Dazu besaß die 3. Armee der NVA mit ihren drei Divisionen (in der NATO entsprach dies einem Korps) 756 Kampfpanzer T-55, 496 gepanzerte Transportfahrzeuge BTR 60/70 sowie 282 Schützenpanzer BMP-1, 411 Artilleriegeschütze und 54 Mehrfachraketenwerfer. Dem standen in der 2. Panzergrenadierdivision insgesamt 199 Kampfpanzer Leopard 1 und 2, 108 Schützenpanzer Marder, 54 Panzerhaubitzen 155 mm sowie 36 Feldhaubitzen 155 (gezogen durch Lkw) und 203 mm (auf Selbstfahrlafette) und 16 Mehrfachraketenwerfer gegenüber. Die numerische Überlegenheit des Angreifers war mehr als offensichtlich und wurde durch weitere Armeetruppen, denen die Bundeswehr nichts Vergleichbares entgegensetzen konnte, erdrückender. Noch schlimmer wäre es geworden, wenn die mobilisierbare weitere Armee der NVA aus Mobilmachungstruppenteilen und Unteroffizierschulen als 2. Taktische Staffel auf dem Gefechtsfeld angekommen wäre.

Die Bundeswehr war zwar davon überzeugt, dass sie moderne Kampfpanzer besaß. Das traf insbesondere für den Leopard 2 mit seinen technischen Fähigkeiten zu. Dennoch gilt fraglos, dass die Masse der Kampfpanzer des Warschauer Paktes die höhere Qualität westlicher Gefechtsfahrzeuge ausgeglichen hätte.

Der Durchbruch der Truppen des Warschauer Paktes durch den VRV war wahrscheinlich. Deswegen besaßen damals in der NATO taktische Atomwaffen, zum Beispiel der Divisionsartillerie, eine besondere Bedeutung. Sie hätten einen solchen Durchbruch beenden können, zugleich aber im Rahmen der NATO-Strategie der »Flexiblen Antwort« fraglos eine Eskalation bedeutet. (siehe Beitrag »Konzept der Abschreckung«) Möglicherweise, dazu schweigen sich die Quellen aus, obwohl Zeitzeugen solche Gedanken erwähnen, hätte die NATO mit einem demonstrativen Atomwaffeneinsatz, zum Beispiel

einem sogenannten *Airburst* über der menschenleeren Ostsee, ein Signal setzen und den Gegner zur Einstellung der Kampfhandlungen bewegen wollen.

Friktionen

Die angesprochene konventionelle Unterlegenheit der NATO, die im Kampfgebiet lebende Bevölkerung, Probleme beim Aufmarsch und die hohe Abhängigkeit der Bundeswehr von ihren Reservisten für ein Funktionieren im Krieg wären die augenfälligsten Schwachpunkte in einem heißen Krieg gewesen.

Die größte Unbekannte lag aber im Wesen des Krieges: Würde die im GDP umfassend geplante Verteidigung funktionieren – nicht nur bei den deutschen, sondern auch bei den alliierten Truppen? Wie würde der Gegner handeln, wenn der schnelle Erfolg versagt bliebe? Der Warschauer Pakt besaß riesige Vorräte an Atom- und Chemiewaffen und hatte das Gefecht unter den Bedingungen ihres Einsatzes immer wieder geübt. Wäre ein solches Szenario möglich? Und würde die NATO im Krisenfall zu den Atomwaffen greifen? Welche Reaktion wäre wiederum darauf gefolgt? Diese

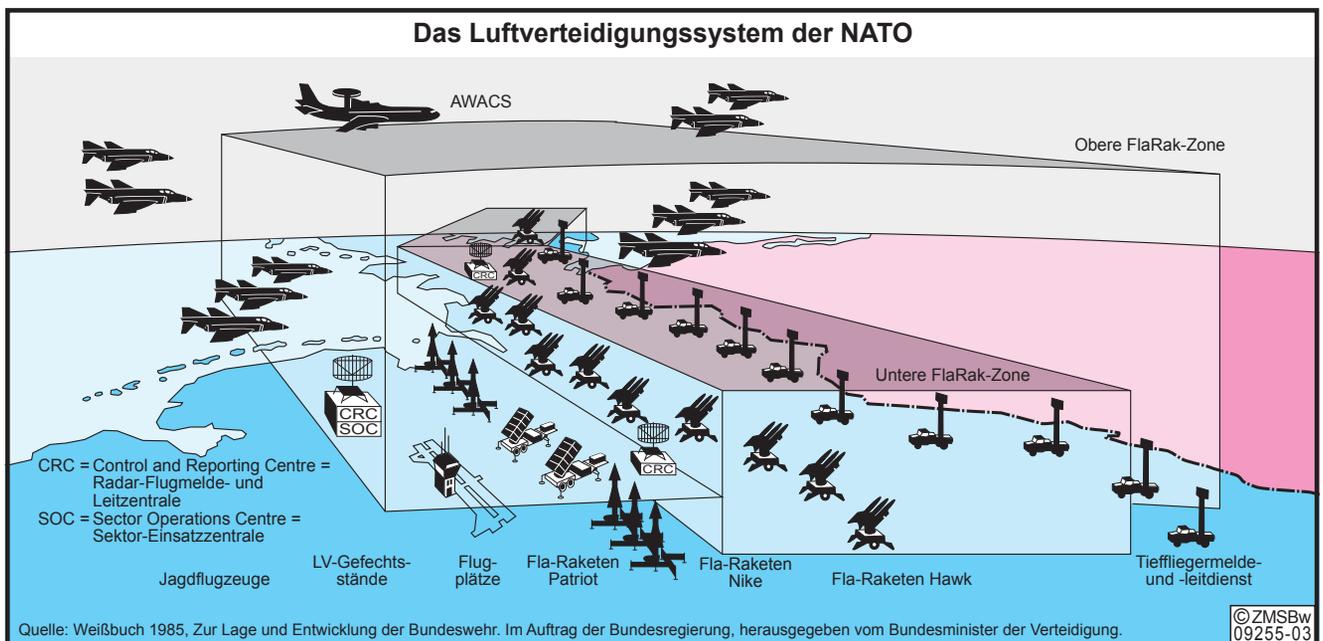
Fragen blieben – zum Glück – im Kalten Krieg unbeantwortet, denn es kam nicht zu einem großen Kriegsszenario zwischen den Machtblöcken.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung hatten sich solche Fragen dann scheinbar rückstandslos aufgelöst. Deutschland war »umzingelt von Freuden«, wie Bundesverteidigungsminister Volker Rühle es in den 1990er Jahren formulierte. Dass sich die Zeiten heutzutage grundlegend geändert haben und militärische Macht wieder zu einem Mittel der Politik in Europa geworden ist, kann jeder täglich im Fernsehen sehen. Der lateinische Grundsatz »Si vis pacem, para bellum« ist damit keine Modewendung mehr, sondern offensichtlich das Gebot der Stunde. Die Verteidigung der NATO kann man planen. Historische Anleihen sind, bei aller Zurückhaltung hinsichtlich der Vergleichbarkeit, reichlich vorhanden, das technische Gerät im Prinzip auch. Die dazu notwendige Verteidigungsbereitschaft eines Volkes wird derzeit beispielhaft durch die Bevölkerung der Ukraine demonstriert. Militärisch gesehen aber bleibt ein Prinzip bestehen: Gleichgültig was vorbereitet wird, »am zweiten Tag wird geführt!«

Logistik als Waffe

Zuletzt ein paar Anmerkungen zur Komplexität der Landesverteidigung im Kalten Krieg: Für die Armee der 500 000 aktiven Soldaten und das Heer der Wehrpflichtigen gab es bis in die späten 1980er Jahre hinein Sonderzüge. Diese fuhren die Wehrpflichtigen an den Wochenenden im regulären Fahrplan der Deutschen Bundesbahn zehn Minuten vor dem eigentlichen Intercity aus den Stationierungsräumen in die Heimat. Für den Bahntransport von Kettenfahrzeugen der Bundeswehr hielten die Bundesbahn und zahlreiche kleinere Privatbahnen tausende Flachwagen vor. Die Panzertruppe übte damals auch das Verlassen solcher Flachwagen außerhalb der Verladestellen nach dem Motto: Turm auf 3 Uhr, Hochachsdrehung um 90 Grad und dann langsam herunterfahren. Zahlreiche Schulen und Kasernen waren als Hilfskrankenhäuser identifiziert und wären im Verteidigungsfall als solche genutzt worden.

Für Bundes-, Landes- und sonstige Regierungen gab es Ausweichsitze, teilweise unter Schulen oder an entlegenen Orten. (siehe Beitrag »Zivile Verteidigung«) Die Militäraufklärung Ost der





Das neue Vorfeld: Einsatzkarte über die Stationierung der Enhanced Forward Presence Battle Groups (EFP).

Nationalen Volksarmee und die Stasi der DDR wussten allerdings recht genau, wo sich diese befanden. Und sie wussten auch, wo die Sonderwaffenlager (Special Ammunition Sites, SAS) in der Bundesrepublik Deutschland waren.

Und heute?

All das gibt es heute nicht mehr. Dafür hat die Bundesrepublik Deutschland heute ein Vorfeld in Ostmitteleuropa. In diesen Staaten, unter anderem Polen und den baltischen Staaten, stellt man sich nun zu Recht die Frage nach den verfügbaren Mitteln und dem Willen der Partner zur Landesverteidigung, die nur im Bündnis Aussicht auf Erfolg ha-

ben kann. Eine nahtlose Verteidigungslinie wie die der früheren Schichttorte, bei der ein Angreifer sofort auf eine Allianz verbündeter Staaten trifft, wird sich indes an der Ostgrenze der NATO aus drei Gründen nur schwerlich aufbauen lassen: Es fehlt jetzt die Zeit, die Ausrüstung und das Personal, um eine derartige tragfähige oder gar lückenlose Verteidigung aufbauen zu können. Ersatzweise wäre die Stationierung weiterer Kräfte an der Ostflanke der NATO ein deutliches politisches und militärisches Signal, das ein Funktionieren der Abschreckung ermöglichen könnte. Für den Zusammenhalt der NATO wäre es zudem unverzichtbar.

Oberstleutnant Dr. Heiner Möllers ist Projektleiter Bundeswehrgeschichte im Forschungsbereich Militärgeschichte nach 1945 am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften. Er forscht unter anderem zu Verteidigungsplanungen im Kalten Krieg.

Literaturtipps

Gerd Bolik, *NATO-Planungen für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland im Kalten Krieg*, Berlin 2021.
Siegfried Lautsch, *Kriegsschauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers*, Potsdam 2013.

Die nukleare Teilhabe der Bundeswehr

Politik

Über die politischen Folgen und tatsächlichen Auswirkungen eines Nuklearwaffeneinsatzes für das Einsatzgebiet war man sich in der NATO frühzeitig im Klaren. Deswegen initiierten die USA Anfang der 1960er Jahre innerhalb der NATO ein Gremium, das über die Nuklearwaffenpolitik beraten sollte. Ab 1966/67 entstand die Nukleare Planungsgruppe (NPG). Ihr gehörten als ständige Mitglieder die USA, Großbritannien sowie Italien und die Bundesrepublik Deutschland an. Nichtständige, rotierende Mitglieder waren unter anderem die Niederlande, Belgien und die Türkei. In der NPG entstanden 1969 die Provisional Political Guidelines, die den Einsatz von Nuklearwaffen durch die NATO einem politischen Regelwerk unterwarfen. Der Einsatz sollte nur nach Beratungen und Konsultationen möglich sein, wenn die Nuklearmacht USA unter Beteiligung der Staaten, von deren Territorium aus und auf deren Territorium solche Waffen eingesetzt werden würden, zu einem Einvernehmen gekommen wären. Die NPG besteht bis heute und soll als hochrangiges Gremium Gewähr dafür geben, dass ein Nuklearwaffeneinsatz der NATO nie von einem Mitgliedstaat alleine beschlossen und realisiert werden kann.

Verfahren

Im Verteidigungsfall hätten militärische Befehlshaber ab der Stellung eines kommandierenden Generals eines Korps den Einsatz von Nuklearwaffen in ihrem Gefechtsstreifen fordern können. Die Genehmigung für diesen Einsatz lag beim Präsidenten der USA, der dieses Recht jedoch auf verschiedene amerikanische NATO-Kommandeure in Europa delegiert hatte – auch um ein solches Verfahren zu beschleunigen.

Technik

In der NATO besaßen seit dem Ausscheiden Frankreichs 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO allein die USA und Großbritannien Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen. Die USA halten in Europa taktische Nuklearwaffen bereit und in Special Ammunition Sites unter Verschluss. Mehrere NATO-Staaten, unter anderem die Bundesrepublik Deutschland, verfügen über die notwendigen Trägermittel. Die Bundeswehr besitzt bis heute Jagdbomber und sie besaß bis 1991/92 Flugabwehrraketen vom Typ Nike Hercules, ballistische Raketen vom Typ Pershing Ia, taktische Raketen vom Typ Lance sowie Haubitzen der Kaliber 155 und 203 mm, die alle für den Einsatz von Nuklearmunition geeignet waren.



Bundeswehr/Stefan Petersen

Nuklearfähig: das Kampfflugzeug vom Typ Panavia 200 Tornado Interdiction Strike.

Gleichgewicht des Schreckens

Das Konzept der Abschreckung

In den aktuellen Analysen zur sicherheitspolitischen Lage in Europa fällt immer wieder der Begriff »Abschreckung«. Er stammt aus der Zeit des Kalten Krieges und beschreibt ein System, das einen atomar geführten Dritten Weltkrieg verhindern sollte. Was versteht man unter Abschreckung und welche Prämissen müssen erfüllt sein, damit dieses System auch funktioniert?

Von Winfried Heinemann



Amerika Haus/Süddeutsche Zeitung Photo

Symbol des Kalten Krieges: Test einer Atombombe in der Wüste von Nevada, USA, in den 1950er Jahren.

Es war der Anfang einer neuen Ära in der Sicherheitspolitik: Am 6. August 1945 warf ein US-amerikanischer Bomber eine Atombombe über der Stadt Hiroshima ab. Ihre Sprengwirkung entsprach in etwa 13 Kilotonnen (KT) TNT-Sprengstoff; zwischen 20 000 und 80 000 Menschen starben sofort, weitere zehntausende später an den Folgen der radioaktiven Strahlung.

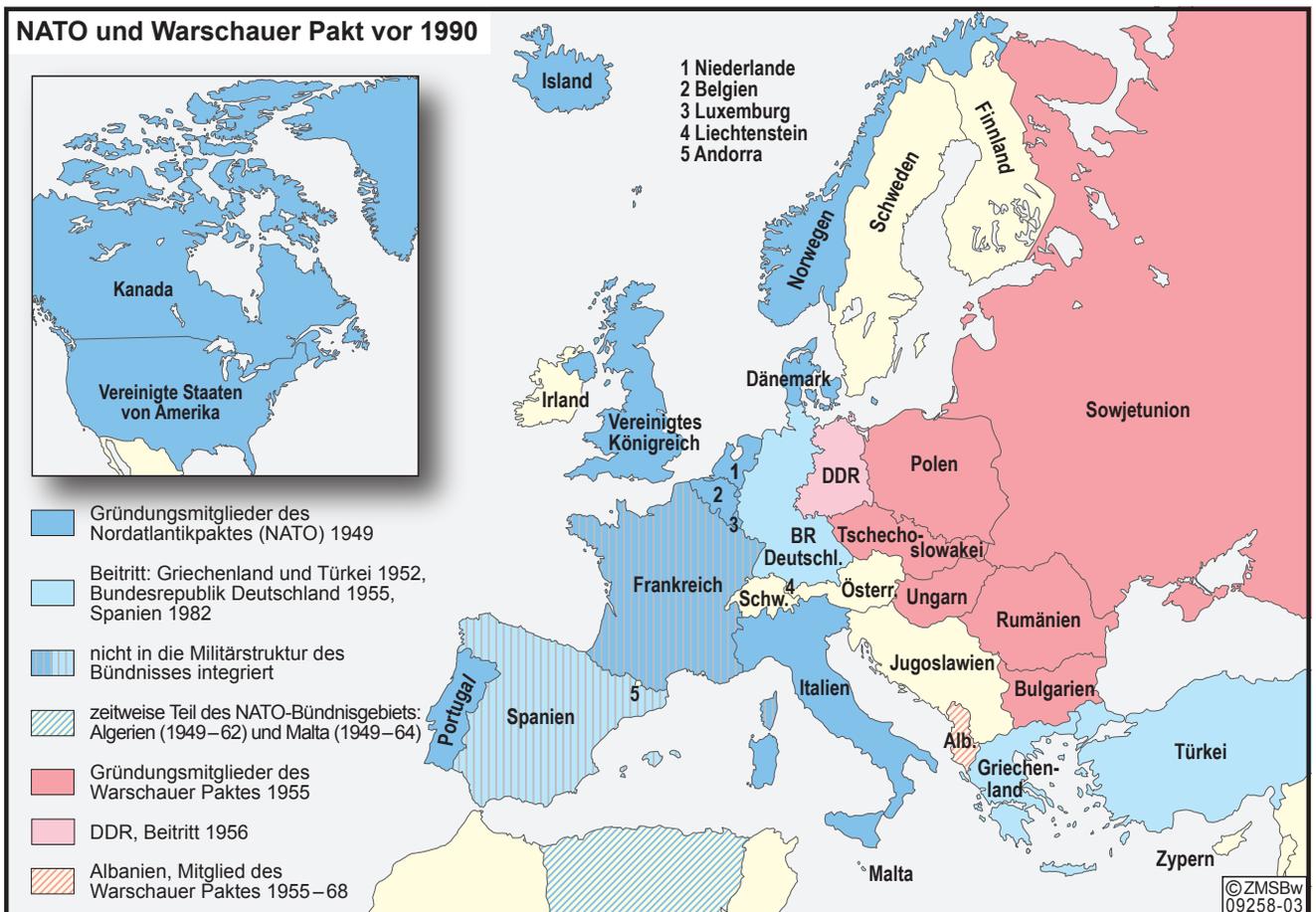
Die Amerikaner hatten ihr Projekt zur Entwicklung der Atombombe unter größter Geheimhaltung vorangetrieben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahmen sie daher die wachsende Überlegenheit des sowjetischen Imperiums

im Bereich der konventionellen (also nicht-nuklearen) Waffen zunächst mit Gelassenheit hin: Ihr Atommonopol garantierte ihnen eine strategische Überlegenheit; Stalin würde es auf einen Krieg nicht ankommen lassen.

Atomares Patt

Aber die Geheimhaltung hatte nicht ausgereicht: Nicht zuletzt durch den Verrat von Atomgeheimnissen (etwa durch den deutschstämmigen Physiker Klaus Fuchs) gelang es der Sowjetunion, 1949 ihrerseits eine Atombombe zu zünden. Das Zeitalter des »nuklearen Patts« brach an.

Die technische Entwicklung der Bomben ging auf beiden Seiten weiter: Die Sprengkörper wurden kleiner, leichter, handhabbarer – und viel wirkmächtiger. Einen großen Schritt in die Richtung wesentlich gefährlicherer Waffen stellte die Entwicklung der Wasserstoffbombe 1953/1954 dar, bei der die größte Waf-fenwirkung nicht mehr auf eine Kernspaltung, sondern auf eine Kernfusion, also der Verschmelzung zweier Atome, zurückging. Unvorstellbare Sprengwirkungen bis zum Äquivalent von 100 Millionen Tonnen TNT (100 Megatonnen) wurden dadurch möglich – das Siebentausendfache der Hiroshima-Bombe. Trotzdem waren die USA zu-



Ähnlichkeiten und Unterschiede

Vordergründig glichen sich die beiden großen Bündnisse des Kalten Krieges, die auf eine gemeinsame militärische Handlungsfähigkeit und Integration setzten. Für den Warschauer Pakt stand die militärische Dimension jedoch eindeutig im Vordergrund. Die NATO verstand sich hingegen immer als eine vorwiegend politische Organisation. Dabei spielten auch wirtschaftliche und sogar kulturelle Erwägungen bei der Formulierung einer gemeinsamen Bündnispolitik eine entscheidende Rolle.

»O.K. Mr. President, let's talk.« Die Kubakrise brachte die Supermächte UdSSR und USA an den Rand einer Katastrophe, Karikatur aus der britischen Boulevardzeitung »Daily Mail«, 1962.



nächst weiter im Vorteil. Sie verfügten nicht nur über mehr Sprengköpfe, sie hatten auch die besseren Voraussetzungen, nukleare Waffen ins Ziel zu bringen. Das einzige Mittel dazu war lange der strategische Bomber. Durch ihre Bündnissysteme, vor allem den 1949 geschlossenen Nordatlantikvertrag (NATO), hatten die USA weltweit Stützpunkte für solche Maschinen bauen können: von Grönland über Großbritannien, Marokko (später Spanien), Diego Garcia im Indischen Ozean und Okinawa (Japan) bis hin nach Alaska. Von diesen Basen aus konnten die Bomber der US Air Force vom Typ B-52, der 1955 zum ersten Mal zur Truppe kam und heute noch verwendet wird, Ziele in allen Teilen der Sowjetunion angreifen.

1955 schloss die Sowjetunion mit den anderen Staaten des Ostblocks ebenfalls ein Bündnis, den Warschauer Pakt. Vorerst waren die Sowjets jedoch nicht in der Lage, das Kernland der USA mit Bombern zu erreichen.

Das alles war schlagartig in Frage gestellt, als die Sowjetunion 1957 erstmals

einen künstlichen Satelliten in eine Umlaufbahn brachte, ein Ereignis, das als »Sputnik-Schock« in die Geschichtsbücher einging. Damit war klar, dass die Sowjets innerhalb kurzer Zeit mit Raketen auch nukleare Sprengsätze befördern können – bis in die USA. Beide Seiten profitierten bei der Entwicklung ihrer Raketen von den Erfahrungen der deutschen Wissenschaftler, die im Krieg mit der V2 eine erste ballistische Rakete gebaut hatten. Wie schon 1944/1945 ging man bis in die 1970er Jahre hinein davon aus, dass es gegen eine einmal abgeschossene Rakete keine Abwehrmöglichkeit gab.

Enthauptungsschläge

Gleichwohl blieben die USA im Vorteil: Sie konnten von ihren Basen aus die Sowjetunion aus allen Richtungen angreifen, und das mit kurzen Vorwarnzeiten. Auch wenn sich das sowjetische Atomwaffenpotenzial nicht würde ausschalten lassen: Ein »Enthauptungsschlag« gegen die politisch Verantwortlichen schien möglich. Umgekehrt mussten so-

wjetische Raketen über den Nordpol in die USA einfliegen; die riesige amerikanisch-kanadische Radarkette in der Arktis sorgte hier für Vorwarnzeiten, die es erlaubten, zumindest den Präsidenten an Bord eines Flugzeugs in Sicherheit zu bringen.

Die Lage drohte sich zu ändern, als die Sowjetunion 1962 Vorbereitungen traf, nuklear bestückte Raketen auf Kuba zu stationieren. Im Süden der USA gab es keine vergleichbare Radarkette und die deutlich geringere Entfernung zum amerikanischen Festland hätte drastisch kürzere Vorwarnzeiten bedeutet. In der Folge schien auch ein Enthauptungsschlag gegen Washington möglich zu werden. Das war der Grund, weshalb US-Präsident John F. Kennedy so scharf reagierte und Kuba blockieren ließ. Beide Seiten schienen bereit zur Eskalation; am Ende gelang es, die Krise mit diplomatischen Mitteln zu entschärfen. Die USA zogen ihre veralteten Atomraketen vom Typ Jupiter aus der Türkei zurück, die Sowjets ihre aus Kuba. Es war die Politik des *brinkmanship* gewesen – die Bereitschaft, bis an den Rand des

Abgrunds zu gehen, bevor eine der beiden Seiten einknickte.

Die USA und die NATO setzten in den Jahren ihrer nuklearen Überlegenheit auf die abschreckende Wirkung der Atombombe: Der damalige Präsident Dwight D. Eisenhower erklärte, auf jede Aggression mit einem massiven Nuklearwaffeneinsatz zu reagieren (Massive Retaliation, d.h. massive Vergeltung).

Von Massive Retaliation zu Flexible Response

Aber die Berlin-Krise ab 1958 sowie das sich abzeichnende nukleare Patt zwangen zum Nachdenken. War es glaubwürdig, dass die USA ein nukleares Inferno auslösten, wenn ein kompaniester Konvoi auf den Zugangswegen nach Berlin bei Magdeburg festgehalten würde? In der Kubakrise erklärten die amerikanischen Generale ihrem Präsidenten, im Ernstfall müsse er einem nuklearen Schlag zustimmen, und dann würden sie die Sowjetunion innerhalb von zwei Wochen in die Steinzeit bomben. Was er in dieser Zeit denn tun sollte, fragte der Präsident und Oberbefehlshaber. »Am besten gar nichts«, war die Antwort. Aber mit dieser Absage an die politische Kontrolle des Atomkrieges war Präsident Kennedy keineswegs einverstanden. Er begann, die westliche Strategie hin zu einer Flexiblen Antwort (Flexible Response) zu verändern. Erst wenn konventionelle Mittel nicht mehr ausreichten, sollte, politisch gesteuert, nuklear eskaliert werden – und selbst dann kontrolliert, stufenweise von nuklearen Gefechtsfeldwaffen bis hin zu strategischen Interkontinentalwaffen.

Und in der Tat bewies der Vietnamkrieg, in dem sich die USA während der Kennedy-Jahre immer stärker militärisch engagierten, dass weiterhin Kriege unterhalb der Nuklearschwelle möglich waren.

Die europäischen Partner, gerade auch die Bundesrepublik, standen dem Konzept der Flexible Response anfangs skeptisch gegenüber: Was, wenn der amerikanische Präsident irgendwann nicht weiter eskalierte? War dies der Ausstieg der USA aus der Nukleargarantie für Eu-

ropa? Die Massive Retaliation war ein Konzept zur Kriegsverhinderung durch Abschreckung gewesen – war das neue nicht eher eine Kriegsführungsstrategie? Andererseits wuchs mit Flexible Response die Bedeutung der konventionellen Kräfte im Bündnis, und damit das Gewicht des größten konventionellen Kräftebestellers auf dem europäischen Kontinent: der Bundesrepublik.

Nuklearwaffen sind immer politische

»Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter.«

Waffen. Selbst der Einsatz eines einzelnen taktischen atomaren Sprengkopfs für eine 155-mm- oder 203-mm-Haubitze bedurfte und bedarf seit der Ära Kennedy der Freigabe durch den Präsidenten – eben weil er einen Eskalationsschritt hin zu einem globalen Atomkrieg darstellen würde. Nur unter ganz eng gefassten Bedingungen durften vorher festgelegte

höhere Befehlshaber Nuklearwaffen ohne eine solche Freigabe einsetzen – falls eindeutig festgestellt werden konnte, dass der zentrale Führungsapparat in den USA handlungsunfähig war.

Sichere Vernichtung

Um dies zu verhindern, setzte man auf die Mutually Assured Destruction (MAD, sichere gegenseitige Vernichtung). Die Zielsetzung lautete: Auch nach einem Überraschungsangriff auf die nuklearen Waffensysteme und die Führungsstruktur einer Seite würden der anderen, angegriffenen Seite hinreichend einsatzfähige Ressourcen verbleiben, um dem Angreifer seinerseits vernichtende Schläge zu versetzen.

Dafür war es wichtig, redundante Führungssysteme zu schaffen. Zunächst wurden Vorkehrungen getroffen, den US-Präsidenten als den Oberbefehlshaber der Streitkräfte jederzeit in Sicherheit bringen zu können. Dass Präsident Kennedy immer wieder seinen Sicherheitsleuten entkam, um sich mit Frauen zu treffen, war daher ein Problem der nationalen Sicherheit: Was, wenn eine von ihnen eine sowjetische Agentin war und der Präsident im Falle des Falles un-



B-52 Stratofortress: Das US-Militär nutzte Langstreckenbomber wie diese Boeing als Trägersystem für den Einsatz ihrer Nuklearwaffen.

picture alliance/akg-images/akg-images

auffindbar blieb? Als Kennedy im November 1963 ermordet wurde – und auch dahinter hätte ja ein sowjetischer Agent stecken können –, musste als allererstes Vizepräsident Lyndon B. Johnson in ein Flugzeug gebracht und noch in der Luft vereidigt werden, damit die Reaktionsfähigkeit der USA sichergestellt war.

Im März 1981 wurde Präsident Ronald Reagan von einem Attentäter angeschossen und schwer verletzt. Außenminister Alexander Haig, der danebenstand, reagierte mit »I'm in charge!« – »Alles hört auf mein Kommando!« Das stimmte natürlich nicht – der Vizepräsident war jetzt *in charge*, aber Haig, dem früheren Vier-Sterne-General und NATO-Oberbefehlshaber Europa, war daran gelegen, dass sofort ein Entscheidungszentrum für den Fall einer Krise bereitstand.

Die Ausschaltung der gegnerischen Führung in einem Erstschatz war eine Möglichkeit, den potenziellen Feind an einem Zweitschatz zu hindern. Die andere Möglichkeit bestand darin, alle oder doch sehr viele seiner Waffensysteme frühzeitig zu vernichten.

Die Triade

Daher kam es darauf an, die eigenen Waffensysteme möglichst unverwundbar zu machen. Das »klassische« Trägersystem war der Bomber, der aus großer Höhe einen nuklearen Sprengsatz abwerfen sollte, dann aber schnell genug sein musste, selbst der Waffenwirkung zu entkommen; schon die »Enola Gay«, die Hiroshima bombardiert hatte, war von der Druckwelle schwer durchgerüttelt worden. Bei Wasserstoffbomben stellte sich das Problem noch viel stärker.

Andererseits waren Langstreckenbomber zunächst einmal kaum durch einen Überraschungsangriff auszuschalten – zumindest so lange, wie ständig einige nuklear bestückte Maschinen irgendwo im Luftraum über den USA kreisten. Zugleich wurde es angesichts der verbesserten Luftabwehrsysteme immer schwieriger, solche Bombenflugzeuge bis über das Ziel durchzubringen. Waren sie aber einmal über dem Zielge-

biet, waren sie lange das präziseste *delivery vehicle* (Trägermittel).

Das war wichtig, weil sich die Abschreckung in den 1960er Jahren immer mehr auf Interkontinentalraketen abstützte. Interkontinentalraketen aber brauchten feste Startrampen, die dem jeweiligen Gegner bekannt waren und daher in einem Erstschatz bekämpft werden konnten. Versuche, solche Raketen auf Eisenbahnwagen beweglich vorzuhalten und so ihren jeweiligen Standort zu verschleiern, führten zu wenig greifbaren Ergebnissen. Beide Seiten gingen dazu über, ihre Raketen in großen unterirdischen Silos unterzubringen, die einen weitgehenden Schutz boten und aus denen die Raketen, etwa vom Typ Minuteman, abgefeuert werden konnten.

Wollte man wiederum die Silos bekämpfen, war es wichtig, sehr präzise zu

treffen – oder man musste hierzu sehr große Nuklearsprengköpfe einsetzen, mit allen sich daraus ergebenden Nebenfolgen.

In den 1960er Jahren kursierten Jugendbücher über aufregende technische Errungenschaften. Eines davon behandelte die Fahrt des atomgetriebenen U-Boots USS Nautilus, das unter dem Nordpol hindurchtauchte. Was das Buch nicht verriet: Das Ereignis markierte eine neue Form der Bedrohung der Sowjetunion durch die USA. Ein solches U-Boot konnte unter dem Eis hindurchfahren, vor der sowjetischen Nordküste auftauchen und von dort mit einer kurzen Vorwarnzeit ballistische Raketen (Polaris, später Trident) gegen das Kernland der Sowjetunion abfeuern.

Während der gesamten zweiten Hälfte des Kalten Krieges hatte die Sowjet-



Nach dem Ende des Kalten Krieges deaktiviert: eine Minuteman-II-Rakete in einem unterirdischen Silo, National Historic Site, Cactus Flat, South Dakota, USA.



Neue Form der Bedrohung: sowjetische Mittelstreckenrakete vom Typ SS-20, 1987.

picture alliance/ITAR-TASS/ITAR-TASS

union bei den Interkontinentalraketen einen erheblichen Vorsprung, wogegen die USA bei den seegestützten Raketen überlegen waren. Ein Nachteil der seegestützten Raketen war allerdings, dass sie eher ungenau in der Nähe des Ziels detonierten, vor allem deshalb, weil sich der genaue Standort des U-Boots beim Abschuss nur schwer bestimmen ließ. Die Entwicklung eines satellitengestützten Global Positioning System (GPS) sollte dem abhelfen.

Nukleare Kontrolle

Eine eigene Rolle spielten im westlichen Verteidigungssystem Großbritannien und Frankreich. Beide besaßen und besitzen Nuklearwaffen: Die britischen Bomben und Polaris-Raketen waren amerikanischer Bauart; London hatte sich vertraglich verpflichtet, seine Zielplanung eng mit Washington abzustimmen – hier besaßen die USA also einen erheblichen Einfluss. Frankreich dagegen hatte seine Atomwaffen selbst entwickelt. Französische Bomber, Raketen-U-Boote, Flugzeugträger und die Mittelstreckenraketen in ihren Silos auf dem Plateau d'Albion unterstanden allein dem französischen Präsidenten.

Das klingt nach einer Zersplitterung der Kräfte, bedeutete allerdings auch mindestens zwei voneinander unabhängige, wenn auch größenordnungsmäßig sehr unterschiedliche Entscheidungszentren. Dies konnte den Abschreckungswert erhöhen.

Überhaupt war das Wichtige an den Nuklearwaffen, dass sie politischer Kontrolle unterlagen. 1964 brachte Stanley Kubrick den satirischen Film »Dr. Seltsam, oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben« heraus, in dem ein Wahnsinniger gezielt den nuklearen Weltuntergang auslöst. Das galt es im realen Leben auf jeden Fall zu vermeiden. Andererseits musste aber sichergestellt sein, dass die verbleibenden Atomwaffen auch dann noch eingesetzt werden konnten, wenn die politische Führung ausgeschaltet worden war – sonst wäre das eine Einladung zum Erstschlag gewesen.

Die Freigabeverfahren für Nuklearwaffen sind bis heute in Ost und West streng geheim und in Teilen nicht einmal den Verbündeten bekannt. Die weitestgehende Autonomie haben, soweit man weiß, die Kommandanten von raketenbestückten U-Booten. Das aber war während des Kalten Krieges der Grund,

weshalb fast nie sowjetische Raketen-U-Boote im offenen Atlantik operierten: Zu groß war die Angst der kommunistischen sowjetischen Führung, ein solches U-Boot könnte sich der Kontrolle entziehen; bei den von den Sowjets präferierten landgestützten Waffensystemen war diese Gefahr geringer.

Neue Ungleichgewichte

Neben den strategischen gab es auch kleinere taktische Atomwaffensysteme, die zur Bekämpfung gegnerischer Truppenkonzentrationen oder für große Sprengungen (Atomic Demolition Munitions oder Atomminen) gedacht waren. Auch sie unterlagen der politischen Kontrolle, weil man allgemein davon ausging, dass die Entscheidung zu ihrem Einsatz einen Sprung auf der Eskalationsleiter bedeutete und die Welt dem »großen« Nuklearkrieg näherbringen konnte.

In den späten 1970er Jahren ging die Sowjetunion dazu über, im europäischen Teil ihres Landes Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 zu stationieren. Sie bedrohten nicht die USA, sehr wohl aber die europäischen Verbündeten. Das warf die alte Unsicherheit im nordatlan-

tischen Bündnis auf, wie sie schon den Strategiewechsel zur Flexible Response begleitet hatte: Konnte man sich auf die amerikanische Nukleargarantie wirklich verlassen? Würden die USA mit Interkontinentalraketen reagieren, wenn die Sowjetunion »nur« die Europäer bedrohte? Der Westen reagierte seinerseits ab 1983 mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II, die von der Bundesrepublik aus weite Teile der europäischen Sowjetunion erreichen konnten. Das ermöglichte der NATO eine »vorbedachte Eskalation«: Ein sowjetischer Angriff auf europäische NATO-Partner hätte sofort die Zerstörung sowjetischen Territoriums zur Folge gehabt.

Der Westen verfügte aber zusätzlich über ein technologisch völlig neues System: den Marschflugkörper oder Cruise Missile. Dabei handelte es sich um ein computer- und radargesteuertes unbemanntes Flugzeug von erheblicher Reichweite, das konventionell oder nuk-

lear bestückt die Radarsysteme des Warschauer Pakts unterfliegen und sein Ziel im Tiefstflug erreichen konnte.

1987 landete der Deutsche Mathias Rust, aus Finnland kommend, auf dem Roten Platz. Wenn das schon einem Sportflieger mit einer Cessna gelingen konnte, um wie viel größer musste dann die Bedrohung durch die oben genannten Marschflugkörper sein.

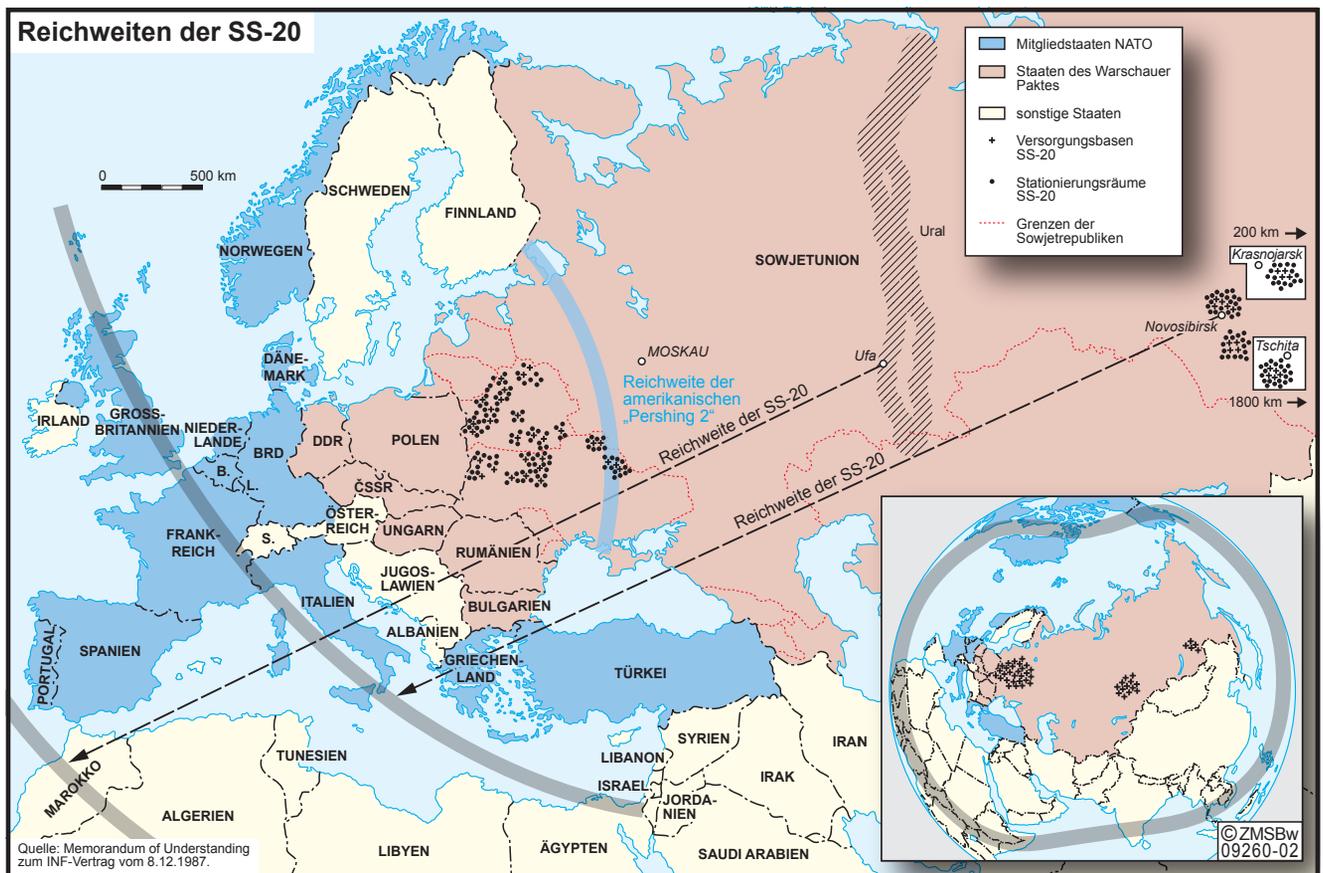
Aus dem Gleichgewicht?

Es schien jetzt plötzlich erneut möglich, die Moskauer Staats- und Parteiführung in einem Überraschungsschlag auszuschalten – ein potenziell destabilisierender Gedanke. Letztlich gelang es der NATO dadurch, das nukleare Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen, das die Aufstellung sowjetischer SS-20-Raketen erheblich gestört hatte. Wenn die sowjetische Führung versucht hatte, zwischen die USA und ihre europäischen Partner einen Keil zu treiben, so

hatte die solidarische Haltung der Bündnispartner dies erfolgreich abgewehrt.

Hinzu kam, dass der amerikanische Präsident Reagan den Auftrag gab, ein Abwehrsystem zu entwickeln, das anfliegende sowjetische ballistische Raketen abwehren konnte (Strategic Defense Initiative, SDI, das unter dem anschaulichen Beinamen *Star Wars* bekannt wurde). Hätte dies Aussicht auf Erfolg gehabt, wäre es ein weiterer Anreiz für die sowjetische Führung gewesen, die USA anzugreifen, solange sich das Gleichgewicht des Schreckens nicht vollends verschoben hatte. Sowjetische Analysten kamen aber recht bald zu dem zutreffenden Schluss, dass SDI technologisch noch lange unausgereift bleiben und damit keine Bedrohung darstellen würde.

Langfristig aber waren die Sowjetunion und ihre im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Partner dem Westen technologisch unterlegen. Auf dessen Fähigkeit, einen sowjetischen





Überraschungsangriff abzuwehren und danach die Heranführung der zweiten strategischen Staffel aus der Tiefe der Sowjetunion wirkungsvoll zu behindern, hätte Moskau nur noch mit einer weiteren Steigerung seiner Rüstungsanstrengungen reagieren können, wozu die Volkswirtschaften der sozialistischen Staatenfamilie nicht mehr in der Lage waren.

1987 unterzeichneten die USA und die Sowjetunion den INF-Vertrag. Mit ihm begann die letzte Phase des Kalten Krieges, die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 endete.

Ist MAD verrückt?

Natürlich hatten viele schnell bemerkt, dass das Kürzel für das Gleichgewicht des Schreckens, MAD, gleich dem englischen Wort für »verrückt« war. War also das alles so verrückt wie Dr. Seltsam aus dem Film?

Es mag seltsam klingen, aber das System der gegenseitigen Abschreckung

hatte eine strenge innere Logik. Der amerikanische Politiker und Sicherheitsexperte Strobe Talbott schrieb ein Buch, das auf Deutsch unter dem Titel »Raketenschach« herauskam.

Solange beide Seiten rational handelten, musste ihnen klar sein, dass es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann: »Wer zuerst schießt ...« Das System war also darauf ausgerichtet, einerseits die Eskalation bis hin zum Nuklearkrieg als glaubwürdige Abschreckung vorzubereiten, andererseits aber eine solche tatsächliche Eskalation durch politische Kontrolle und technische Vorkehrungen zu verhindern.

Entscheidend war, dass beide Seiten rational handelten. Der kommunistischen Führung in Moskau unterstellte man das im Westen implizit. Was immer über den Kommunismus kritisch zu sagen ist: Er ist eine in sich geschlossene, intellektuell anspruchsvolle Weltanschauung. Die Spitzenpolitiker im Westen waren nicht verrückt, und auch die Führer der Kommunistischen Partei der

Sowjetunion handelten rational. Weil das gegeben war, blieb es bei der gegenseitigen Bedrohung und kam es nie zum Atomkrieg.

Oberst a.D. Dr. Winfried Heinemann ist Honorarprofessor an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Militärsgeschichte des Warschauer Pakts und der NATO sowie der militärische Widerstand zur Zeit des Nationalsozialismus.

Literaturtipps

- Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2019.*
- John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.*
- Militärsgeschichte. Von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart. Hrsg. von Michael Epkenhans und Frank Hagemann, Braunschweig 2021, S. 460–486.*

Schutzlos ausgeliefert?

Die zivile Verteidigung der Bundesrepublik

Am 27. Februar 2022 versetzte der russische Präsident Putin die russischen Abschreckungskräfte in Alarmbereitschaft, darunter die Atomstreitkräfte. Die zivile Verteidigung und der Schutz der Bevölkerung waren im Kalten Krieg zentrale Herausforderungen in Anbetracht atomarer Kriegsszenarien. Aktuell werden viele der alten Konzepte neu diskutiert, die in den letzten Jahren weit in den Hintergrund gerückt sind.

Von Cornelia Juliane Grosse



picture alliance/Heinz-Jürgen Göttert|Heinz-Jürgen Göttert

Schutz in Zeiten der atomaren Bedrohung: Hilft nur die volle ABC-Montur ...

Krieg hat nicht nur eine militärische Dimension. Dies machen die aktuellen Bilder aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine mehr als deutlich, die neben den militärischen Operationen vor allem flüchtende und Schutz suchende Zivilisten zeigen.

Spätestens seit Putin seine Atomstreitkräfte in Bereitschaft versetzt hat, hat eine atomare Angst auch die Bundesrepublik Deutschland erfasst.

In der Ukraine herrscht Krieg, der internationale Konflikt verschärft sich täglich und den Einsatz von chemischen oder nuklearen Waffen halten Experten für möglich. Auch ein direkter militärischer Schlagabtausch zwischen Russland und der NATO scheint nicht ausgeschlossen.

Selbst wenn Putin nukleare Waffen »nur« in der Ukraine einsetzen würde, die Auswirkungen wären – je nach ausgeführtem Szenario – auch bis in die Bundesrepublik zu spüren. Das hatte die unbeabsichtigte Explosion eines Reaktors in Tschornobyl/Tschernobyl bereits 1986 gezeigt. Und bei einem vorsätzlichen direkten (Atomwaffen) oder mittelbaren (Manipulation von Atomkraftwerken) Einsatz von nuklearer Technologie würde sich schnell die Frage stellen, ob ein solcher Akt als direkter Angriff auf eines oder mehrere NATO-Länder aufgefasst werden müsste, etwa wenn radioaktive Wolken als Folge eines solchen vorsätzlichen Angriffs nach Westeuropa ziehen und dort die Bevölkerung direkt oder indirekt gefährden würden. Dies *könnte* als Angriff gegen die NATO aufgefasst werden und eine weitere Eskalation nach sich ziehen, die dann auch den direkten Einsatz nuklearer Waffen gegen weitere Länder bedeuten könnte.

Von derartigen Bedrohungsszenarien war die Bundesrepublik zuletzt in Zeiten des Kalten Krieges betroffen. Die Entfremdung der ehemals Alliierten nach Ende des Zweiten Weltkrieges markierte den Beginn des *Cold War*. Die beiden »Blöcke«, die militärisch durch die NATO und den Warschauer Pakt repräsentiert wurden, bedrohten sich alsbald gegenseitig mit ihren Arsenalen an Massenvernichtungswaffen. Das adaptierte



Amerika Haus/Süddeutsche Zeitung Photo

... oder reicht auch »Duck and Cover«? Beide Bilder zeigen Übungsszenarien aus den 1950er Jahren.

Konzept der Abschreckung und die Massive Vergeltung hatten zur Folge, dass die Bundesrepublik als Land an der Nahtstelle des Konflikts zum potenziellen atomaren Schlachtfeld eines eventuellen Dritten Weltkrieges geworden wäre (siehe Beiträge »Konzept der Abschreckung«/»Landes- und Bündnisverteidigung«).

Die Verantwortlichen stellten sich in der Folge die Frage: Wie kann man dieser Bedrohung entgegentreten? Welche konkreten Schutzmaßnahmen kann der Staat ergreifen, um sich und seine Bürger zu schützen?

Zivile Verteidigung – was ist das?

Als Antwort auf diese Fragen entwarf die Bundesregierung bereits in den 1950er Jahren das »Konzept der Zivilen Verteidigung«, als Ergänzung und Gegenstück zur militärischen Verteidigung. Beide zusammen bilden die Gesamtverteidigung der Bundesrepublik ab.

Die zivile Verteidigung bezieht sich auf alle vorbereitenden Maßnahmen, die dazu beitragen, schwerwiegende Gefahren für den Staat und seine Bürgerin-

nen und Bürger abzuwehren oder im Krisenfall besser zu bewältigen. Sie ist ein zentraler Baustein zur Herstellung und Aufrechterhaltung der gesamten Verteidigungsfähigkeit.

Die zivile Verteidigung umfasst insgesamt vier Bereiche: die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, den Zivilschutz, die Sicherung der Notversorgung und die Unterstützung der Streitkräfte.

Sie geht somit über den reinen Zivilschutz hinaus und basiert auf dem Prinzip, dass sowohl die staatlichen Institutionen als auch die Bürger einen Beitrag zur Gesamtverteidigung leisten.

Eine effektive Verteidigung kann am besten durch eine rechtzeitige Warnung oder Alarmierung gewährleistet werden. Sie sollte der Zivilbevölkerung ermöglichen, sich in Sicherheit zu bringen oder zumindest rudimentäre erste Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Zu diesem Zweck wurde die Bundesrepublik in zehn Warngebiete aufgeteilt. Für jedes Gebiet war ein Warnamt zuständig. Dieser Bereich stellte eine zentrale Schnittstelle zwischen ziviler und militärischer Verteidigung dar. Denn die vom militä-

rischen Flugmelde- und Luftbeobachtungsdienst erstellte Luftlagekarte wurde über eine Verbindungsstelle an die Warnämter weitergeleitet. Dort konnte dann gegebenenfalls die Alarmierung der Bevölkerung ausgelöst werden.

Kein Schutz ohne Warnung

Zu diesem Zweck wurde in der Bundesrepublik zu Zeiten des Kalten Krieges ein umfängliches Warnnetz ausgebaut, das etwa 80 000 Sirenen umfasste.

Neben dem Signal für einen regulären Luftalarm wurden im Kalten Krieg neue Signale für eine Gefährdung durch atomare, biologische oder chemische Kampfstoffe eingeführt.

Die Wirksamkeit einer Warnung der Bevölkerung war jedoch zwei limitierenden Faktoren unterworfen. Der erste war zeitlicher Natur: Da sich die Bundesrepublik im Kalten Krieg an der Nahtstelle des Konfliktes befand, ging man bereits in den 1950er Jahren von einer Vorwarnzeit von unter 20 Minuten aus. Dieses Zeitfenster verkleinerte sich stetig mit Weiterentwicklungen bei den Waffensystemen.

Der zweite Faktor bezog sich auf die Konsequenz der Warnung. Wohin sollten die Menschen sich begeben, wenn sie etwa vor einem Angriff mit atomaren Waffen gewarnt worden waren?

Als Antwort auf diese Frage war der Bau von Schutzräumen vorgesehen. Sie waren wichtiger Teil der westdeutschen Sicherheitsarchitektur. Dass diesbezüglich im Kalten Krieg jedoch mit zweierlei Maß gemessen wurde, bezeugen die entsprechenden staatlichen Maßnahmen.

Sicherheit bauen

Denn eines der größten Bunkerbauprojekte rief die Bundesregierung für sich selbst ins Leben. Zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt sollten die Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen in sogenannten Ausweichsitzen unterkommen.

Der Bau des Regierungsbunkers begann 1960 in einem alten Eisenbahntunnel im Ahrtal. Die nutzbaren Bereiche

des Bunkers besaßen nach Fertigstellung eine Gesamtlänge von 17,3 Kilometern. Der zweigeschossige Stollen hatte 897 Büro- und Konferenzräume und 936 Unterkunfts Zimmer. Wäre es zu einem Atomkrieg gekommen, hätte dieser Schutzbau den Bundespräsidenten, die

Ernstfall trat zwar nicht ein. Dennoch kam der Regierungsbunker im Rahmen zahlreicher NATO-Übungen zum Einsatz, 1966 etwa, als sich das Bunkertor für die achtzehntägige Stabsrahmenübung »FALLEX« hinter 1200 Menschen schloss.



Den Atomkrieg überleben: Im Schutzraum hätten die Menschen zwei Wochen auf engstem Raum ausharren sollen, hier Probebelegung in einem Atombunker in Dortmund, 1964.

Bundesregierung mit dem Bundeskanzler und ausgewählte Führungskräfte 30 Tage lang vor dem Tod bewahrt; Familienmitglieder ausgeschlossen. Dieser

Auch die Bevölkerung sollte in Schutzräumen Zuflucht finden können. Das »Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung« von 1957

legte einen Schwerpunkt auf die Verwirklichung dieser baulichen Schutzmaßnahmen für den Normalbürger. Die Umsetzung gestaltete sich indes schwierig. 1957 war bereits ein Großteil der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten Städte wieder aufgebaut. Die Einrichtung von Schutzräumen in den vorhandenen Gebäuden oder der Neubau von Bunkern wäre daher mit einem enormen Kostenaufwand verbunden gewesen. Weder Bund noch Länder waren bereit, diese Kosten zu übernehmen.

Ein weiteres Dilemma stellte der Schutzzumfang der Bauten dar. Sollte man sich auf ein Angriffsszenario vorbereiten, das den massiven Einsatz von Nuklearwaffen vorsah? Die Kosten für derartige Schutzräume wären unvergleichbar höher ausgefallen. Ein geringerer Schutzzumfang konnte andererseits als falsches Signal gegenüber der Bevölkerung aufgefasst werden. Während die Regierung sich einen Bunker mit maximalem Schutzzumfang leistete, konnte die Zivilbevölkerung nur hoffen, dass der nukleare Sprengsatz in einiger Entfernung detonierte und ihr noch eine Überlebenschance ließ.

Und so kam es, wie es kommen musste: Bevor eine falsche Entscheidung getroffen wurde, wurde keine getroffen und

ein Großteil der im 1. Zivilschutzgesetz beschlossenen Maßnahmen unmittelbar wieder ausgesetzt.

Insgesamt entstanden so im Laufe des Kalten Krieges nur etwa 2300 Zivilschutzanlagen, die etwa 1,4 Millionen Menschen Schutz geboten hätten. Auf

den ersten Blick eine hohe Zahl, doch letztlich hätte das nicht einmal für zwei Prozent der damaligen Bevölkerung ausgereicht. Stattdessen hielt die Regierung die westdeutsche Bevölkerung dazu an, auf freiwilliger Basis Schutzräume zu bauen – eine Aufforderung, der erwartbarerweise nur eine Minderheit nachkam.

Angesichts der unzureichenden Schutzbaumaßnahmen stellte sich die Frage, ob die Evakuierung der Bevölkerung eine realistische Alternative darstellte.

Stay at Home?

Die Lage der Bundesrepublik und militärische Erwägungen standen einer Evakuierungsstrategie jedoch entgegen. Die Bundesrepublik wäre in einem heißen Gefecht zum unmittelbaren Kampfschauplatz geworden. Es wurde mit dem massiven Einsatz von Nuklearwaffen im Bundesgebiet gerechnet. Eine Durchführung koordinierter Evakuierungsmaßnahmen war daher kaum realistisch. Dies bestätigte auch die »FALLEX«-Übung von 1966, in deren Verlauf die westlichen Partner die Evakuierungskorridore schlossen und



Karge Sicherheit: Der Schlafraum des Bundeskanzlers im Regierungsbunker bot zwar mehr Platz, wurde dadurch aber nicht unbedingt wohnlicher. Heute ist er Teil der »Dokumentationsstätte Regierungsbunker«.

Finnland: Ein Gegenbeispiel

Die Zivilverteidigung hat in Finnland seit jeher einen sehr hohen Stellenwert. Dass Finnland bisher nicht der NATO angehört hat, zugleich aber eine mehr als 1000 Kilometer lange Grenze zu Russland besitzt, spielt dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Finnland hat im Februar 2022 den Beitritt beantragt.

Die Warnung und Bereitstellung von Schutzräumen für die Bevölkerung sind zentrale Aspekte des finnischen zivilen Verteidigungskonzepts.

Im Jahr 2020 existierten in Finnland 54 000 Schutzräume, in denen 4,4 Millionen Menschen und damit fast 90 Prozent der Bevölkerung untergebracht werden konnten. Obwohl sich viele der Schutzräume in Privathäusern befinden – die Finnen sind dazu verpflichtet, Schutzräume in Gebäuden ab einer gewissen Größe einzubauen –, gibt es in Ergänzung ein umfassendes öffentliches Schutzbauprogramm.

Ein außergewöhnliches Beispiel bietet Helsinki. Die Hauptstadt Finnlands existiert ein zweites Mal – und zwar unterirdisch. Dieses weitverzweigte Untergrundnetz, das neben den U-Bahn-Stationen etwa auch Freizeiteinrichtungen wie Einkaufszentren und ein Schwimmbad umfasst, dient gleichermaßen der zivilen Verteidigung. Es kann alle Einwohner Helsinkis inklusive der sich vor Ort befindlichen Touristen aufnehmen und wird permanent weiter ausgebaut.

die angedachten Fluchtrouten sich als völlig überlastet herausstellten.

Evakuierungen hätten des Weiteren die Operationsfreiheit der NATO-Truppen massiv behindert.

»Flucht bringt keine Rettung.«

BMI-Broschüre
»Jeder hat eine Chance«, 1961

In der Folge adaptierte die NATO die sogenannte *Stay-at-home*-Doktrin. Die Bevölkerung sollte zu Hause bleiben und somit auch dazu beitragen, die Operationsfreiheit der Streitkräfte sicherzustellen.

Wie es der damalige Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Ritter von Lex formulierte: »Das Zuhausebleiben ist daher im Kriegsfall unbedingtes Gebot jedes pflichtbewussten Bürgers.« Eventuell hoffte die Regierung, auf diese Weise auch den privaten Schutzraumbau anzukurbeln. Denn wer nicht flüchten konnte, wollte wohl zumindest die Möglichkeit haben, sich in seinem Zuhause in Sicherheit zu bringen.

Versorgung oder Vorsorge?

Im Bereich der zivilen Verteidigung stand zudem der heute als »Kritische Infrastruktur« gekennzeichnete Bereich im Fokus staatlicher Maßnahmen. In vielen Aspekten überschneiden sich hier ebenfalls die Interessen der militärischen und zivilen Verteidigung, etwa bei der Energieversorgung, der medizinischen Versorgung, der Sicherstellung von Kommunikationsmitteln und vor allem der Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser. Bei Letzterer setzte die Regierung im Besonderen auf die Eigeninitiative der Bürger. Dies sollte im Besonderen dazu dienen, die militärische Verteidigung zu unterstützen. Denn die Bundeswehr verfügte zwar über eine eigene Bevorratung, konnte jedoch im

Kriegsfall priorisiert auf zivile Reserven zurückgreifen.

Daher rieten staatliche Stellen den Bürgern, einen eigenen Notfallvorrat an Lebensmitteln für die Grundversorgung anzulegen und auf diese Weise die staatliche Vorsorge zu entlasten. Gemäß der Annahme, dass in Anbetracht der atomaren Katastrophe zwei Wochen Durchhaltefähigkeit gefragt waren, sollte der Notfallvorrat diesen Zeitraum überbrücken helfen. Es gab mehrere öffentliche Kampagnen, welche die Bevölkerung hierzu motivieren sollte. Unter Namen wie »Aktion Eichhörnchen« oder »Der König auf dem Hafersack« wurde genau aufgelistet, was dieser Notfallvorrat beinhalten sollte und wie die Lebensmittel im Fall des Falls zu rationieren seien.

Auf große Resonanz stießen aber auch diese Maßnahmen in der Bevölkerung nicht. Sie gewöhnte sich wohl allmählich an den andauernden Bedrohungsstatus. Die sich folglich latent einstellende Apathie hätte wohl nur durch eine staatliche Vorsorgepflicht durchbrochen werden können.

Bereits seit der Entspannungspolitik der 1970er Jahre trat die Notwendigkeit von zivilen Verteidigungsmaßnahmen zunehmend in den Hintergrund. Von Vorsorge für den Kriegsfall wollte ohnehin kaum jemand mehr sprechen. Wenn überhaupt, dann wurde nun auf Katastrophenfälle natürlichen oder wenigstens nicht kriegerischen Ursprungs vorbereitet, also etwa Erdbeben, Überschwemmungen oder andere Großschadensereignisse.

Zivile Verteidigung – wozu?

Nach 1990 und dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges schienen endgültig alle kriegerischen Bedrohungsszenarien überholt. Das änderte sich auch mit den Terroranschlägen von 2001 nicht. 2007 entschied der Bund, vollständig auf Schutzräume als Teil der zivilen Verteidigung zu verzichten. Der Regierungsbunker bei Bonn war bereits 1997 geschlossen und bis 2008 in ein Museum umgewandelt worden.

Mittlerweile hat sich die Einschätzung geändert. Das Weißbuch stellte bereits

Die »Aktion Eichhörnchen« (1961):

Die »Aktion Eichhörnchen« war eine von mehreren Kampagnen, welche die Bundesbürger dazu anhalten sollten, einen 14-tägigen Vorrat an Lebensmitteln anzulegen. Dieser sollte im Kriegsfall die Versorgung sichern. Dabei wurde insbesondere auf eine notwendige staubdichte Verpackung und Aufbewahrung der Lebensmittel hingewiesen. Diese sollte die Vorräte gegen radioaktiven Niederschlag schützen. Die Bevorratung ähnelt durchaus aktuellen Checklisten, die das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe veröffentlicht.

Grundvorrat pro Person für 14 Tage:

- 1 Kilogramm Reis oder Teigwaren
- 1 Kilogramm Zucker
- 1 Kilogramm Fleisch- oder Fischkonserven
- ½ Kilogramm Öl oder Plattenfett
- 28 Liter Wasser

Ergänzungsvorrat:

- Mehl, Grieß, Haferflocken
- Hülsenfrüchte
- Gemüse- und Obstkonserven
- Marmeladen
- Kondensmilch
- Gewürze



Einzigster Schutz: Auch in der Ukraine flüchten die Menschen sich in die unterirdischen U-Bahn-Anlagen. Diese bieten jedoch keinen Schutz vor atomaren oder chemischen Angriffsmitteln.



picture alliance/AA/Andrea Carrubba

2016 eine veränderte sicherheitspolitische Lage fest. Militärische Angriffe seien »grundsätzlich möglich«.

Diese Bewertung hat sich durch den unrechtmäßigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bestätigt. Die Bilder von sich in Kellern und U-Bahnschächten in Sicherheit bringenden Menschen in der Ukraine lassen in Deutschland Zweifel am fast vollständigen Zurückfahren der Zivilschutzmaßnahmen aufkommen. Das Geheul der Sirenen, das die Bürger Kyjiws/Kiews vor einem bevorstehenden Luftangriff warnt, macht nun die Mängel der deutschen zivilen Verteidigungsmaßnahmen deutlich: Denn eine derartige flächendeckende Warnung wäre derzeit hierzulande nicht möglich. Die zu Zeiten des Kalten Krieges allgegenwärtigen Sirenen sind in Deutschland weitgehend abgebaut. Der Bund selbst besitzt noch eine einzige Sirene. Sie dient im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn als Ausstellungsstück.

Die Corona-Pandemie oder die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal sowie der fehlgeschlagene »Warntag« 2020 verstärken den Eindruck einer derzeit zivil

»bedingt abwehrbereiten« Bundesrepublik. Wie erst wäre die Lage im Fall eines realen kriegerischen Szenarios?

Mit dem russischen Angriff stellen sich diese Fragen dringender denn je. Und eines ist klar, wenn die Rede davon ist, dass »jeder Zoll NATO-Territorium verteidigt wird«, dann sollte sich dies nicht nur auf die rein militärische, sondern gleichermaßen die zivile Verteidigung erstrecken. Denn die militärische Landesverteidigung ergibt nur Sinn, wenn das Land und die darin lebende Bevölkerung geschützt werden. Andernfalls wird sie ad absurdum geführt.

Nachdem die Bundeswehr als Auswirkung des Ukraine-Krieges mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausgestattet werden soll, deutet sich nun in der zivilen Verteidigung ein Umdenken an. »Auch im Zivilschutz müssen wir uns den aktuellen Herausforderungen stellen und unsere Fähigkeiten stärken«, hieß es aus dem für die zivile Verteidigung zuständigen Bundesinnenministerium. Der damalige Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Armin Schuster machte hierzu eine klare Angabe: Fünf bis zehn Milliarden

Euro in zehn Jahren könnten die zivile Verteidigung in Deutschland wieder handlungsfähig machen. Dabei sollte vor allem eines berücksichtigt werden: Genau wie die militärische Landesverteidigung nur als Bündnisverteidigung geplant werden kann, muss auch die zivile Verteidigung transnational gedacht werden, etwa bei der Versorgung, Warnung und Evakuierung der Menschen – auch dies hat der Krieg in der Ukraine allzu deutlich gemacht.

Cornelia Juliane Grosse ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Militärsgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Sie forscht zur Geschichte der Bundeswehr und des Kalten Krieges.

Literaturtipps

Martin Diebel, *Atomkrieg und andere Katastrophen. Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik und Großbritannien nach 1945*, Paderborn 2017.

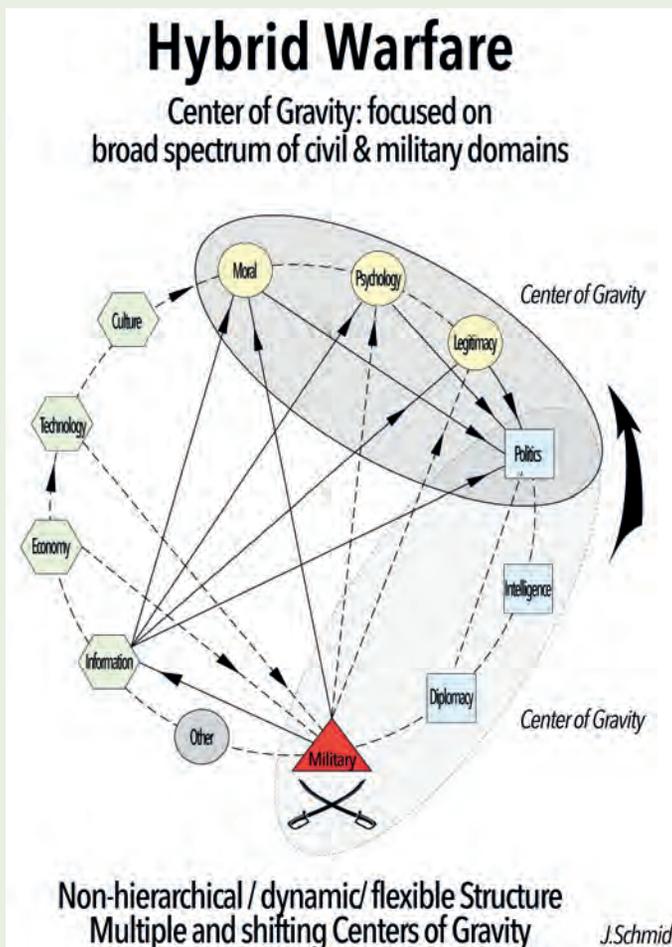
Luft- und Zivilschutz in Deutschland im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Bernd Lemke, Potsdam 2007.

Der besondere Tipp

Hybride Kriegführung

Seit der Übernahme der Krim durch russische Soldaten ohne Hoheitszeichen 2014 ist hybride Kriegführung in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Diese Strategie Russlands war darauf gerichtet, die Grenze zwischen Krieg und Frieden zu verwischen und, über konventionelle Mittel hinaus, die eigenen Ziele aggressiv zu erreichen. Mit dem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 scheint sich diese Strategie nicht mehr zu bewähren. Das ZMSBw bietet zu diesem Thema ausführliche Informationen an:

In der Podcastfolge von »ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw« zu »Hybride Kriegführung und der Kampf um die Ukraine« spricht Oberst Dr. Uwe Hartmann mit Oberst Dr. Johann Schmid, der bis 2021 Direktor der Community of Interest and Defense am European Center of Excellence for Countering Hybrid Threats war, über die Strategie Russlands. Im UKR-Dossier werden online weitergehende Informationen dazu angeboten, wie hybride Kriegführung zu verstehen ist und wie sie für den Krieg Russlands gegen die Ukraine aussieht.



Impressum

Herausgegeben
vom Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
durch Oberst Dr. Sven Lange
und Oberst Dr. Uwe Hartmann (V.i.S.d.P.)

Redaktion:
Esther Geiger
Cornelia Juliane Grosse
Dr. Henning de Vries

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Lektorat: Björn Mielbrandt,
Michael Thomae
Karten/Grafiken: Dipl.-Ing. Bernd Nogli
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@
bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

© Titelbild: picture-alliance/Over | Karl Thomas

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes. **Sonderausgaben** sind nicht Teil des regulären Jahresabonnements.

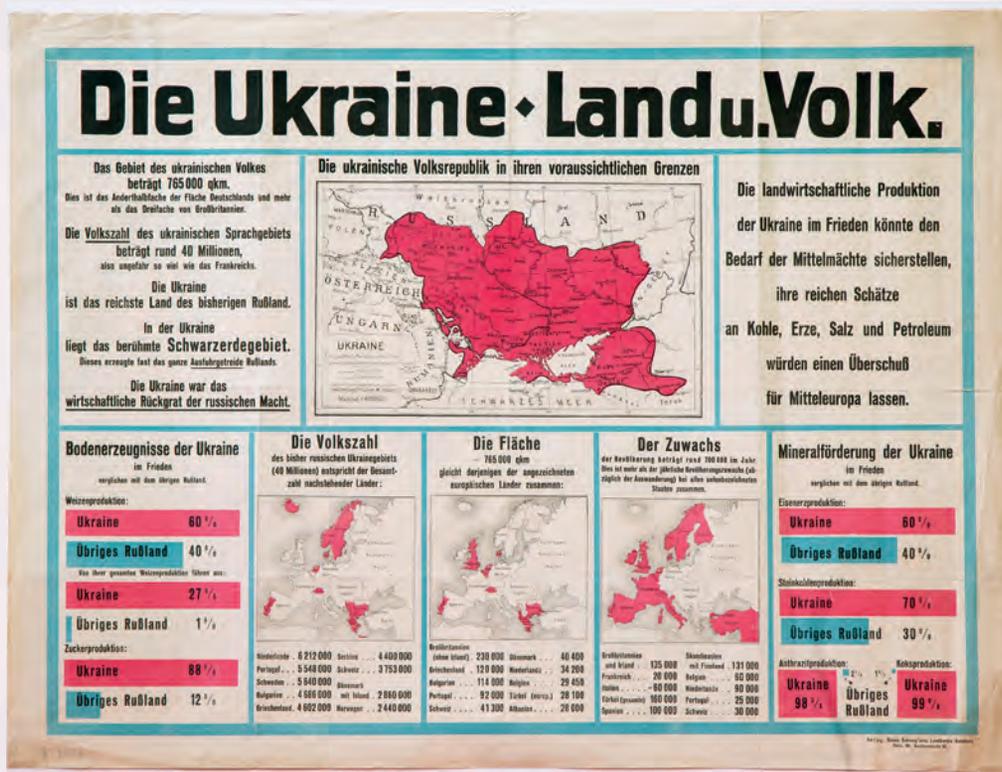
Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2022 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Exponat mit Ukrainebezug im Militärhistorischen Museum



»Die Ukraine. Land u. Volk«

Schaukarte, Berlin 1918

Am 25. Januar 1918 erklärte der Zentralrat in Kyjiw/ Kiew die Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik. Im selben Jahr besetzten Deutschland und seine Verbündeten die Ukraine. Sie hofften darauf, mit der Besetzung auch ihre Getreide- und Rohstoffversorgung zu verbessern. Die Aussicht auf diese »Schätze« der Ukraine, die auf der Karte bereits »in ihren voraussichtli-

chen Grenzen« umrissen ist, sollte bei den Mittelmächten die Moral stärken. Zeitweise erwog Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen sogar die Annexion der Ukraine. Nach der Wiederherstellung der Ukrainischen Volksrepublik 1919 vereinigte sich diese mit der kurz zuvor gegründeten Westukrainischen Volksrepublik. Große Teile des Landes wurden als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik in die 1922 gegründete Sowjetunion eingegliedert.

**MILITÄR
HISTORISCHES
MUSEUM**

Dresden

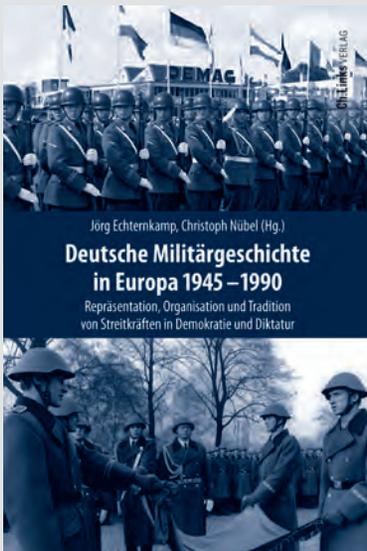
i

Militärhistorisches Museum der Bundeswehr
Olbrichtplatz 2
01099 Dresden

Telefon: +49 (0)351 823-2759

MHMEingang@bundeswehr.org

Publikationen des ZMSBw



Deutsche Militärgeschichte in Europa 1945-1990. Repräsentation, Organisation und Tradition von Streitkräften in Demokratie und Diktatur.

Hrsg. von Jörg Echternkamp und Christoph Nübel, Berlin: Ch. Links Verlag (= Deutsche Militärgeschichte), X+482 S., 50,00 Euro, ISBN: 978-3-96289-178-7

Militärgeschichtliche Zeitschrift 81/2022

Hrsg. von Sven Lange und Heiko Biehl, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg
Mitherausgeber: Katharine B. Aalestad, Ute Daniel, Stig Förster, Bernhard R. Kroener, Wilfried Loth, Reiner Pommerin, Sir Hew Strachan, Bernd Wegner
Redaktion: Gabriele Bosch, Jörg Echternkamp, Dorothee Hochstetter, Thorsten Loch, Markus Pöhlmann, Aleksandar-S. Vuletić
ISSN: 2193-2336, jeweils 25,00 Euro



ANGELESEN. Das Buchjournal des ZMSBw



In »ANGELESEN« stellt das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Bücher mit militärhistorischem Bezug und sozialwissenschaftlichen Inhalten vor, u.a. Kerstin S. Jobsts »Geschichte der Ukraine« oder »Die Kubakrise 1962« von Reiner Pommerin.